

Laibacher Wochenblatt,

Organ der Verfassungspartei in Krain.

Nr. 86.	Abonnement-Bedingnisse:		Samstag, den 8. April.	Insertions-Preise:		1882.
	Ganzjährig:	Für Laibach fl. 4.— Mit Post fl. 5.—		Einseitige Petit-Zeile à 4 fr., bei Wiederholungen	à 3 fr. — Anzeigen bis 5 Zeilen 20 fr.	
	Halbjährig:	„ „ „ 2.— „ „ 2.50				
	Vierteljährig:	„ „ „ 1.— „ „ 1.25		Redaction, Administration u. Expedition: Herrngasse Nr. 12.		
Für Zustellung in's Haus: Vierteljährig 10 fr.						

Mitbürger!

Am **11., 13. und 14. April l. J.** finden die diesjährigen Ergänzungswahlen für den Gemeinderath der Landeshauptstadt Laibach statt.

Zu einem Augenblicke, wichtiger als je, werdet Ihr zur Wahlurne schreiten. Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Sicherung und den Fortbestand jener Bedingungen des Gedeihens und der Zukunft unseres Gemeinwesens, die uns der bisherige liberale Gemeinderath in einer dreizehnjährigen unermüdbaren und erfolgreichen Thätigkeit geschaffen hat.

Vorurtheilslos und objectiv, nur vom Interesse der Stadt und ihrer Bewohner geleitet, hat die bisherige Gemeindevertretung die communalen Verhältnisse, die sie seinerzeit in einem keineswegs glänzenden Stande übernahm, auf allen Gebieten gebessert und namentlich die Finanzlage der Gemeinde zu einer so günstigen gemacht, wie sich einer gleichen zu erfreuen kaum eine andere Landeshauptstadt in der Lage ist. Der derzeitige Gemeinderath hat vor Allem auch die Anlehens-Operation glücklich durchgeführt, vermöge deren es einzig und allein möglich geworden ist, bedeutende Anlagen und Bauten, Straßenerweiterungen, einen Schlachthof, eine Wasserleitung u. s. w., überhaupt jene großen Maßnahmen, von denen die ganze Zukunft und Entwicklung der Stadt abhängen, und zwar ohne Belastung der Bevölkerung in Angriff zu nehmen.

Reges Schaffen und werththätige Arbeit, darin erblickte die seitherige Vertretung der Gemeinde ihre oberste Aufgabe und sie hat es zu allen Zeiten verstanden, einseitige politische und Parteibestrebungen und unnützen Hader aus dem Rathsaale zu verbannen, die Würde und das Ansehen der Stadt hoch zu halten.

Mitbürger! Wenn Ihr wollt, daß die Angelegenheiten der Gemeinde so günstige und geordnete bleiben, wie bisher; daß auch künftig in der fortschrittlichen Entwicklung und Förderung des communalen Lebens mit gleich glücklichem Erfolge vorgegangen werde, wie alle die Jahre her — dann tretet bei den bevorstehenden Wahlen einmüthig für die Candidaten ein, die wir Euch hier empfehlen. Sie wurden sämtlich in öffentlicher Probewahl aus der Mitte der Wählerschaft als solche aufgestellt; Ihr kennt sie alle als tüchtige und geachtete Männer, und die Mehrzahl unter ihnen war bereits seit Jahren in verdienstvollster Weise im Gemeinderathe thätig.

Mitbürger! Wie so oft schon, folgt auch diesmal vollzählig und einmüthig unserem Rufe, laßt Euch durch keine PreSSION und Terrorismus abhalten, Eure Bürgerpflicht zu thun — eingedenk der Wohlfahrt und Zukunft unserer lieben Vaterstadt, die bei den Wahlen in Eure Hand gelegt sind.

Der Wahlkampf wird ein ernster sein, unsere Gegner werden die äußersten Anstrengungen machen, und auf jede einzelne Stimme kann es ankommen. Darum gedenke Jeder der großen Verantwortung, die ihn trifft und Keiner fehle am Wahltag!

Zur Wahl werden empfohlen:

Für den III. Wahlkörper (Wahltag Dienstag den 11. April):

Adolf Eberl, Schriftensmaler,
Nicolaus Hoffmann, Fabrikant chirurgischer Instrumente und Messerschmied,
Carl Krimmer, Tischlermeister.

Für den II. Wahlkörper (Wahltag Donnerstag den 13. April):

Dr. Friedrich Keesbacher, l. l. Sanitätsrath,
Carl Leskovic, Privatier,
Dr. Johann Mrhal, l. l. Schulrath und Director der Oberrealschule.

Für den I. Wahlkörper (Wahltag Freitag den 14. April):

Josef Luckmann, Handlungsgehilfschaster,
Dr. Robert von Schrey, Advocat,
Dr. Josef Suppan, Advocat,
Dr. Franz Suppantitsch, Advocat.

Laibach, 30. März 1882.

Das Bürger-Comité für die Gemeinderathswahlen.

Ein mißglückter kritischer Versuch.

Die vom Bürgercomité den Gemeinderaths-wählern gewidmete Broschüre über die Thätigkeit des Gemeinderathes in den Jahren 1869 bis 1882 wird vom „Slov. Nar“ in einem langathmigen Leitartikel besprochen. Wir halten es wahrlich nicht für nöthig, demselben, da dessen Oberflächlichkeit für den Leser schreckbar deutlich zu Tage liegt, eine allzu eingehende Erwiderung zu widmen. Noch viel weniger fällt es uns bei, ob der im Artikel enthaltenen Geschmacklosigkeit und Invektiven zu polemifiren, die sich zumal in einem Falle, wie dem vorliegenden, wo nur rein sachliche Argumente entscheidend sind, von selbst richten.

Wir wollen daher zunächst nur die Hoffnung aussprechen, daß keiner der nationalen Candidaten für den Gemeinderath bei dieser journalistischen Mißgeburt zu Gevatter gestanden ist, denn die rührende Naivetät und crasse Ignoranz, welche namentlich in Finanzfragen hier zu Tage tritt, wären ein höchst trauriges Prognostikon für die künftige Verwaltung der Gemeinde, wenn sich unerwarteter Weise die Hoffnungen unserer Segner bei den bevorstehenden Wahlen erfüllen sollten.

Im Uebrigen beschränken wir uns zur Abwechslung für diesmal darauf, jene wenigen Punkte aus der verjuchten Kritik hervorzuheben, welche theilweise richtig sind.

So ist es ganz richtig, daß sich die Einkünfte der Gemeinde um 10.000 fl. jährlich gegen die frühere Periode gehoben haben, und diese Erhöhung war sogar eine noch bedeutendere, allein sie trat nur allmählig und keineswegs von selbst ein; diese 10.000 fl. jährlich wurden ebensowenig bloß auf der Strafe gefunden, wie dieß der Artikel rücksichtlich der von der Wiener Handelsbank gezahlten 100.000 fl. glauben machen will, sie waren auch nicht die Folge neuer Umlagen, sondern zum überwiegenden Theile der Erfolg rechtzeitigen und sachgemäßen Eingreifens des Gemeinderathes, insbesondere zur Zeit der Verpachtungen der Verzehrungssteuer.

Da in dieser Periode auch sämtliche laufenden Auslagen gestiegen sind, z. B. jene für Con-

servationsbauten allein um jährlich mehr als 10.000 fl., so war es ja selbstverständlich, daß auch die Einnahmen gestiegen sein mußten, da sonst die Auslagen nicht bestritten worden wären.

Es wäre aber auch ein Gemeinderath, der so glücklich ist, jährlich 10.000 fl. oder wenn er einmal mehr Geld braucht, gleich 100.000 fl. auf der Strafe zu finden, immer einem solchen Gemeinderathe vorzuziehen, der, wie der seinerzeitige nationale, als er 100.000 fl. brauchte, dafür das ganze Gemeindevermögen bis auf den letzten Knopf verpfänden mußte.

Die durch die jetzige Gemeindevertretung erzielte Vermehrung des Stammvermögens nimmt der Artikel mit nur 110.000 fl. an und meint, es wäre dieß für 13 Jahre nicht viel. Nun ist zwar jede Vermehrung des Stammvermögens, die ohne Inanspruchnahme der Steuerträger und ohne Vernachlässigung der sonstigen Communalzwecke erzielt wird, immer aller Ehren werth, allein mag man jene Vermehrung für hoch oder gering halten, so bleibt es doch gewiß, daß jene Verminderung des Stammvermögens um mehr als 50.000 fl., wozu der frühere nationale Gemeinderath nur vier Jahre (1864 bis incl. 1867) brauchte, eine ganz genügende war.

Sene Verminderung besteht darin, daß vom Sparcassedarlehen pr.	100.000 fl.
nur	52.000 „
für das Stammvermögen der Gemeinde (nämlich zum Ankaufe von Tivoli), der Rest pr.	48.000 fl.
aber zu laufenden Ausgaben verwendet, daß außerdem städtische Obligationen um	2363 „
und das Solouc-Terrain um	2534 „
verkauft wurden, so daß sich jene Verminderung des Stammvermögens bei der nothwendigen Rücksichtnahme auf die Belastung mit	52.897 „

herausstellt, eigentlich aber noch um 10.000 fl. höher ist, da die oben einbezogene im Jahre 1868 während der Suspension des damaligen Bürgermeisters bezahlte Kauffchillingrate für Tivoli pr. 10.000 fl. schon anderweitig beschafft werden

So aber treibt sie der verhängnißvolle Saisonschluß auseinander. Die meisten Steuern der Residenz zu, um nach großer Mühe und Anstrengung ein meist nicht glänzendes Engagement an irgend einem Sommertheater zu erhalten, bis dahin aber vertreiben sie sich die Zeit in den bekannten Localen, die nur von Künstlern und Solchen, die es werden wollen, frequentirt werden. Ich versichere die Leser, daß es in der Charwoche in einer solchen Künstlerherberge gar nicht uninteressant aussieht. Hervorragende Wiener Künstler pflegen dieselben in diesen Tagen ebenfalls zu besuchen und finden dabei ein ganz ergötzendes Bild. Da werden alle Triumphe der Winteraison gegenseitig ausgetauscht; hier sehen wir einen ersten Helden und Liebhaber, der sorgfältig die verschiedensten Zeitungsausschnitte, natürlich lauter fulminante Recensionen über seine Glanzleistungen, fortirt; dort berichtet ein Intriguant, der schon durch sein Außeres verräth, daß ihm zur Aehnlichkeit mit Lewinsky nichts mehr fehle, die fürchterliche Mähr, daß er den Franz Moor in Stoderau so canaillenartig spielte, daß ihm das Publikum nach der Vorstellung auflauerte, um seinen Ingrim an ihm auszulassen. Hier sehen wir wieder einen Komiker, der von seinen zwerchfellerschütternden Leistungen berichtet und der sich den Namen eines Klosterneuburger Knaack oder Kremser Blasel errungen. Und die Damen? Gewöhnlich erscheinen sie erst des Abends. Die Eine ist die Braut des Grafen K. oder Barons P., die Andere wird im Herbst am Hoftheater zu N. debü-

muste, indem das Sparcassedarlehen bereits Ende 1867 vergriffen war.

Hätte man also während einer 13jährigen Thätigkeit das Stammvermögen auch nur um 110.000 fl. erhöht, so kann man sich damit immer Jenen gegenüber sehen lassen, denen es gelungen ist, dasselbe in vier Jahren um 50.000 fl. zu vermindern.

Sinsichtlich des Lotterie-Anlehens meint der Artikel, daß man jetzt auch ein Darlehen von der Boden-Creditanstalt hätte bekommen können. Dieses Argument verfangt nicht im mindesten.

Denn hiebei ist vor Allem zu bedenken, daß auf solchem Wege vielleicht wenige 100.000 fl. unter den onerosen Bedingungen, gewiß aber niemals ein und eine halbe Million zu erlangen wären; weiter handelt es sich aber nicht bloß darum, daß man ein Anlehen überhaupt aufstreifen könne, sondern wesentlich auch darum, was man dafür zu zahlen hat, und wenn die Gemeinde heute ein Anlehen bei irgend einer Anstalt aufnimmt, so hat sie doch wenigstens 5 Percent Zinsen dafür zu entrichten und selbstverständlich seinerzeit das ganze Capital zurückzahlen. Für das Lotterie-Anlehen zahlt sie aber nicht einmal volle 5 Percent jährlich und damit zahlt sie nicht bloß die Zinsen, sondern auch das Capital zurück, ganz abgesehen von den bedeutenden Nebenvorteilen, welche ihr aus der Verwaltung des Tilgungsfondes und dessen Ueberschüssen erwachsen.

Richtig ist auch die Bemerkung des Artikels, daß man jetzt noch nicht wissen könne, was in den 50 Jahren, welche zur Abwicklung dieser Operation nöthig sind, Alles geschehen könne. Ja, wenn Leute von der Qualität jenes Artikelschreibers, wenn ungeschickte Hände sich mit der Verwaltung des Anlehens- und insbesondere des Tilgungsfondes befassen werden, dann hegen auch wir die ernsteste Besorgniß, während sonst, wenn die Leitung umsichtig und geschickt bleibt wie bisher, ein schließliches günstiges Resultat nicht dem mindesten Zweifel unterliegen kann.

tiren und die Dritte wieder spricht von einer Vorladung zur Generalintendanz u. s. w. Geht die Charwoche vorüber, dann denkt schon fast Niemand mehr an den Ort zurück, in dem er seine zweite Heimat gefunden zu haben glaubte und die Erinnerung an Land und Leute schwindet. Auch wir pflegen noch einige Tage nach Schluß der Theatersaison über dieselbe zu sprechen, nach kurzer Zeit jedoch werden wir kaum an dieselbe noch denken und höchstens, wenn uns eine Musikcapelle einen Walzer, dem es gelungen, die größten Beifallsstürme während der Saison zu entfesseln, vorspielen wird, kann eine schwache Erinnerung wieder auftauchen. Der Uebergang zur Sommeraison wird sich jedoch heuer durch ein besonderes theatralisches Ereigniß vollziehen. Die projectirten Dilettantenvorstellungen im Theater dürften nämlich ohne Zweifel reges Interesse wachrufen, und da in dieser Zeit obendrein die Wahlen in den Gemeinderath fallen, so wird es an Anregungen sehr verschiedener Art nicht fehlen. Politik soll freilich nicht in den Rahmen eines Feuilletons einbezogen werden, aber die Wahlen in den Gemeinderath sind ja nicht politischer Natur und darum ist es wohl erlaubt auch unter dem Striche von ihnen zu sprechen.

Die Männerwelt findet allerdings genügenden Lesestoff über die in nächster Woche stattfindenden Wahlen an anderer Stelle. Die verehrten Damen dagegen dürften unserem Leitartikel und verschiedenen Notizen kaum die verdiente Aufmerksamkeit schenken, und

Feuilleton.

Wochen-Plauderei.

Man behauptet immer, daß den gebräuchlichsten Conversationsstoff das Wetter bildet. Nun denn, es sei! Wollte man aber untersuchen, welches Thema dem Wetter zunächst komme, so möchte ich mit ziemlicher Gewißheit sagen — das Theater. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die meisten Leser mit mir darin übereinstimmen. In der Zeit vom Ende September bis zum Palmsonntage hörte man meist und in allen Kreisen von diesem oder jenem Theaterstücke sprechen, man interessirte sich um diesen oder jenen männlichen und weiblichen Mimen, ja selbst sein Thun und Treiben außerhalb der weltbedeutenden Bretter wurden als brauchbarer Conversationsstoff behandelt. Kommt der Palmsonntag, freilich dann verstummen nach und nach alle Theatergespräche, das lustige Wöllchen der Schauspieler zerstäubt nach allen vier Windgegenden, und ebenso rasch man sich mit ihnen bekannt gemacht hat, ebenso rasch schwindet auch das weitere Interesse und die Erinnerung an dieselben. Mit den Schauspielern geht es auch nicht viel anders, wie mit dem Publikum. Sie acclimatifiren sich während einer Saisonsdauer rasch an dem Ort, in dem sie gemimt, sie betrachten ihn als ihre neue Heimat, und gäbe es keinen Palmsonntag, sie würden Gott weiß noch wie lange am liebsten in ihrem kaum warm gewordenen Neste weiterhocken.

Zum Schlusse meint der Artikel, die jetzige Gemeindevertretung habe nur ihre Schuldigkeit gethan. Wir acceptiren dieß; mehr als daß sie ihre Schuldigkeit thue, kann man von keiner Gemeindevertretung verlangen, Alles, was eine Vertretung im Interesse der Gemeinde zu thun vermag, ist auch zu thun ihre Schuldigkeit und thue sie es nicht, so erfüllt sie eben nicht ihre Pflicht.

Damit aber Jemand seine Schuldigkeit thut, dazu genügt nicht allein der gute Wille, den wir wohl bei jedem Candidaten für ein öffentliches Vertrauensamt voraussetzen wollen, dazu gehört auch unausgesetzte Thätigkeit und wirkliche Arbeit und dazu gehört auch die Fähigkeit, seine Schuldigkeit thun zu können.

Was die wirklichen Arbeiten im Gemeinderathe anbelangt, so beweisen die Protokolle, daß auch zur Zeit, wo die Majorität im Gemeinderathe die nationale war, sämtliche Reserate mit sehr wenigen Ausnahmen nur von den Mitgliedern der Minorität erstattet wurden, und was die Fähigkeit anbelangt, so ist mit dem Zugeständnisse des Artikels, daß der Gemeinderath seine Schuldigkeit gethan habe, auch anerkannt, daß er die Fähigkeit dazu besaß.

Wenn unvermuthet wieder einmal eine nationale Majorität im Gemeinderathe herrschen sollte, so müßte sie ganz andere Resultate aufweisen können, als jene aus der Periode 1864—1868 waren, damit man sagen könnte, daß sie ihre Schuldigkeit gethan habe, vorläufig muß nach ihren Resultaten nur geschlossen werden, daß sie weder über die erforderliche Arbeitskraft und Arbeitslust, noch über die notwendigen Fähigkeiten verfügt, um ihre Schuldigkeit thun zu können.

Zur Charakteristik der Wahlbewegung.

Die Wahlbewegung für die Gemeinderathswahlen seitens der liberalen Wählerschaft nimmt einen ebenso lebhaften und würdigen, als befriedigenden Verlauf. Schon die Art und Weise, wie dieselbe eingeleitet wurde, zeugte von dem regen Interesse der Wähler, von dem richtigen Erfassen

noch bin ich überzeugt, daß auch sie keineswegs ohne Interesse für den Ausfall der Wahl sind. Sie wissen ja wohl, daß das Amt eines Stadtrathes ein nicht so leichtes ist, und kennen genau die Dinge, die in sein Ressort gehören. Leider haben die Damen kein Wahlrecht für den Gemeinderath. Würden sie es besitzen, dann müßten sämtliche Candidaten des Bürgercomité's ohne Zweifel mit erdrückender Majorität gewählt werden, denn der weibliche Sinn trifft ja immer das Richtige, Gute und Nützliche — und was könnte es für die Stadt Nichtigeres, Besseres und Nützlicheres geben, als die Mandate des Gemeinderathes in die Hände dieser Männer zu legen! Aber selbst wenn es ein paar Wählerinnen geben würde, die aus purem Eigensinn nicht auf Seite dieser Candidaten sein wollten, sie müßten anderer Meinung werden, wenn sie jene grüne Broschüre zur Hand nehmen, die in den letzten Tagen herausgegeben wurde. Was erfährt man daraus nicht Alles? Eigentlich nichts, was man nicht schon hätte wissen und würdigen sollen, aber wie Viele gibt es, die dieß oder jenes gar zu leicht vergessen; nun aber haben sie es schwarz auf weiß, die überzeugendsten Thatsachen reden zu ihnen und sie können nicht zögern, bei der Wahl für die bisherigen Vertreter der Gemeinde einzustehen, die der Stadt neue Straßen gebaut und eine gar wichtige zum Bahnhofe eben jetzt bauen, die ein schönes Volksschulgebäude aufgebaut, die Errichtung einer großen Tabakfabrik in Laibach durchgesetzt, das wackere

der hohen Bedeutung, welche gerade der heurige Wahlaact für die Bevölkerung thatsächlich hat. Es muß als ein glücklicher Schritt des früheren Wahlcomité's bezeichnet werden, daß es die ganze Action von allem Anfange an in die Hände der Wähler selbst legte, indem bei der so zahlreich besuchten ersten Versammlung denselben die Gelegenheit geboten wurde, die Männer ihres Vertrauens in das Wahlcomité zu berufen und die Art der ganzen Wahlaction vorzuzeichnen.

Männer aus allen Classen und Ständen der Bevölkerung, die ansehnlichsten Bürger der Stadt fanden sich zusammen, um die zu einer glücklichen Beendigung der Wahl nothwendigen Schritte zu berathen und zwar — dieß mag sich die nationale Hefpresse gesagt sein lassen — darunter meist Männer, die bei aller Gesinnungstüchtigkeit doch im politischen Leben nicht hervortraten, die sich an dem politischen Parteikampfe nicht theilnahmen, sondern, lediglich das Wohl der Stadt und ihr eigenes Interesse als Bewohner derselben vor Augen habend, in einem Momente sich zur Thätigkeit vereinten, wo es eben dieses Interesse nicht mehr gestattete, ruhiger Zuschauer einer Wahlbewegung zu sein, die über die Zukunft der Landeshauptstadt auf eine Reihe von Jahren entscheiden soll. In dieser Thatsache, daß heuer eine so große Anzahl in politischen Dingen sonst mehr oder minder nicht activ auftretender Bürger der Stadt von allem Anfange an mit Entschiedenheit in die Wahlbewegung eintrat und ihr Programm im Sinne der Unterstützung der Principien der bisherigen Gemeinderathsmajorität aufstellte, erblicken wir ein äußerst bedeutungsvolles und günstiges Symptom für den Erfolg der Wahl zu Gunsten der liberalen Partei.

Ebenso befriedigend und tactvoll gestaltete sich die bisherige Thätigkeit des von der Wählerversammlung eingesetzten Bürgercomité's. Die zahlreich besuchten Probewahlen gaben von der Einmüthigkeit der Wählerschaft über die Personen der Candidaten und von der richtigen Beurtheilung der Eignung derselben Zeugniß. Außer den hinsichtlich ihrer Thätigkeit im Gemeinderathe bereits seit Jahren wohl bekannten, uns demnach zur Wiederwahl anempfohlenen Gemeinderäthen wurden im dritten Wahlkörper drei hochehrenwerthe, des besten Namens sich

Institut der Feuerwehr in's Leben gerufen, neue Wege im prächtigen Tivoliparke angelegt haben u. s. w. u. s. w. Und was bei unseren Hausfrauen am meisten in die Waagschale fallen dürfte, sie haben die von den früheren Stadtvätern gemachten Schulden in der Höhe von 100.000 fl. bis auf den Kreuzer abbezahlt und so sorgsam gewirthschaftet, daß sie in jedem Jahre mehr einnehmen, als ausgeben. Nun, meine Damen, was sagen Sie zu so sparsamen Hausvätern? Sind diese nicht Ihr Ideal bei Ihrer eigenen Wirthschaft? Würden Sie nicht alle ihnen Ihre Stimme geben, falls Sie ein Wahlrecht besäßen? Sie haben, wie wir schon bedauert, keines, aber etwas können Sie doch dazu beitragen, daß Ihre Candidaten, nämlich die des Bürgercomité's bei der Wahl durchbringen. Ermahne jede von Ihnen, die in dem glücklichen Besitze eines wahlberechtigten Mannes ist, denselben, daß er diesen Candidaten seine Stimme gäbe, erzähle ihm, wenn er es unterlassen haben sollte, die Broschüre zu lesen, was Sie aus derselben erfahren! Jenen Damen aber, die zufällig noch keinen Wähler zum Gemahl besitzen, rathen wir dringendst, die Entgegennahme jeder Huldigung in den nächsten Tagen davon abhängig zu machen, daß der betreffende Verehrer Ihnen früher einen feierlichen Eid leistete, nur für die Wahlliste des Bürgercomité's zu stimmen. Sie sehen also, meine verehrten Damen, verheiratet oder ledig, wie viel Sie der guten Sache nützen können und welche von Ihnen könnte zurückbleiben, wo es ein solches Ziel gilt!

erfreuende Bürger, Mitglieder des Gewerbebestandes, welcher im Gemeinderathe eben nicht entsprechend vertreten ist, und im zweiten Wahlkörper ein seines Charakters und seiner Kenntnisse wegen hoch geschätzter, der allgemeinen Sympathien sich erfreuender Schulmann als Candidaten einhellig berufen. Alle Candidaten sind theils durch Geburt, theils durch langjährigen Aufenthalt in Laibach Angehörige dieser Stadt, deren Bedürfnisse sie genau kennen und für deren Wohl zu wirken sie ebenso wohl durch ihre Fähigkeiten, als zufolge ihrer Vaterlandsliebe geeignet sind.

Die nationale Partei, welche die Gemeinderathswahl zu einem politischen Parteimanöver mißbrauchen möchte, wurde durch die kraftvolle und zielbewußte Action des Bürgercomité's in nicht geringe Verlegenheit gesetzt. Ihre Lieblingsbehauptung, daß alles öffentliche Leben in Laibach auf der Thätigkeit einiger weniger Parteimänner beruhe und nur künstlich fortgefrisst werde, wurde durch das vereinte Auftreten der Bürgerschaft jämmerlich über den Haufen geworfen. Das Betergeschrei des „Glov. Nar.“ über das „Triumvirat Deschmann-Schaffer-Schrey“, welches man des Landes verweisen soll, die Wuthausbrüche des nationalen Wahlcomité's, das in seinem Wahlauftrufe in roher Manier die liberale Wählerschaft verunglimpft und verdächtigt, die in gleicher Weise betriebene Agitation der mit ihren Candidaturen von Haus zu Haus, von Amt zu Amt hausirenden nationalen Wahlcandidaten — dem Allen wird, wie wir hoffen, durch das einmüthige Eintreten der besonnenen Bürger zu Gunsten der bisherigen Gemeinderathsmajorität glücklich begegnet werden.

Wie vortheilhaft hebt sich dem Treiben des nationalen Wahlcomité's gegenüber, welches ungeschont sein bekanntes und extremes politisches Programm auch als Zielpunkt der Wahlaction für die Gemeinderathswahlen hinstellt, die Wirksamkeit des Bürgercomité's ab. Die Candidaten desselben werden in Selbstüberhebung weder durch Schmähung und Verdächtigung der Gegencandidaten, noch durch Terrorismus — Mittel, deren sich jedoch die nationale Partei beinahe ausschließlich bedient — sondern in ruhiger, objectiver Weise unter Hinweisung auf ihre bisherigen Leistungen und ihre Eigenschaften den Wählern empfohlen. In diesem Sinne — leidenschaftslos und sachgemäß — lautet auch der Wahlauftruf des Bürgercomité's und ebenso die von demselben den Wählern gewidmete Denkschrift über die dreizehnjährige Thätigkeit der Gemeinderathsmajorität.

Diese Denkschrift, welche sich heute schon in den Händen aller Wähler befindet, enthält in glücklicher Zusammenstellung eine gedrängte, objective Darstellung der wichtigsten Leistungen und Erfolge des Gemeinderathes, sie bietet jedem Wähler Gelegenheit zum Ueberblicke des Schaffens und Wirkens der bisherigen Stadtvertretung, der wesentlichen vortheilhaften Veränderungen in der Stadt, ihrer gestärktesten finanziellen Situation und ihrer fortschreitenden modernen Entwicklung. In dem einfachen Gegenüberhalte des Einst und Jetzt kann jeder Wähler erkennen, wie eifrig und erfolgreich der liberale Gemeinderath seine Verpflichtungen erfüllte, wie sehr sich die Verhältnisse seit dem Ende der nationalen Communalwirthschaft zum Vortheile der Stadt geändert haben.

Mit dieser Denkschrift, mit dem Appelle an die Wählerschaft, auch für die Zukunft die Leitung der communalen Angelegenheiten anzuvertrauen jenen Männern, die sich solche Verdienste um die Stadt erworben, mit der warmen Anempfehlung seiner Candidaten vollendet das Bürgercomité seine Action. Keiner brutalen Schimpfereien auf die Gegner, keiner Drohungen gegen andersdenkende Wähler, keiner Verlästerung der Gegencandidaten und keiner

ähnlichen Agitationsmittel hat sich das Bürgercomité bedient, ihm ist es ja nur um die Sache, nicht um die Personen zu thun.

So spiegelt sich denn auch in der verschiedenen Art und Weise der Wahlbewegung der Unterschied der Parteien. Hier die ruhige, besonnene, für das Wohl der Stadt allein besorgte Thätigkeit des Bürgercomité's, dort die leidenschaftliche, den Gegner verdächtigende, nur um den Wahlerfolg ihrer Agitatoren und um die Durchführung ihres politischen Parteiprogrammes mit allen Mitteln bemühte Propaganda des nationalen Wahlcomité's. Auf beiden Seiten ist demnach offen Farbe bekannt worden! So mögen es auch die Wähler der liberalen Partei mit ihren Gesinnungen halten und Keiner scheue sich, durch Ausübung seines Wahlrechtes das zu bekennen, was er für das Wohl der Stadt für ersprießlich hält, dann wird auch heuer der gerechte Sache der gerechte Sieg werden.

Gegen die Slovenisirung der Aemter und Mittelschulen.

In der nachbarlichen Steiermark ergreifen Journale und Gemeinden das Wort, um gegen die in Antrag gebrachte Slovenisirung der Aemter und Mittelschulen in der Steiermark Protest zu erheben. Die Grazer „Tagespost“ constatirt in einem längeren Artikel, daß die im Jahre 1871/2 angestellten Versuche, betreffend die Slovenisirung der Mittelschulen in Krain, scheiterten, und bemerkt, daß ähnliche, in neuester Zeit bezüglich Istriens und der Südsteiermark angestrebte Versuche das gleiche Schicksal erleben dürften, nachdem der bisher lexikalisch dürrig aufgestapelte slovenische Sprachschatz noch nicht Gemeingut der slovenischen Nation geworden ist. Die slovenische Sprache befindet sich in einem noch unfertigen Zustande und wer die Sprache Preßern's mit dem heutigen Neuslovenisch vergleicht, wird und muß zur Ueberzeugung gelangen, daß die Zeit zur Slovenisirung der Aemter und Mittelschulen noch nicht gekommen ist. Das genannte liberale Grazer Blatt bemerkt: „So natürlich und berechtigt die Forderung ist, daß der Elementarunterricht in rein slovenischen Gegenden der Jugend in ihrer Muttersprache vermittelt werde, als ebenso unberechtigt, undurchführbar und geradezu absurd muß das gleiche Ansinnen bezüglich der Mittelschulen bezeichnet werden. Den Anspruch auf nationale Mittelschulen können, will man den Zweck derselben nicht dem nationalen Chauvinismus aufopfern, füglich doch nur Nationen erheben, die auch gleichzeitig einen berechtigten Anspruch auf nationale Hochschulen erheben können, Nationen also, die durch ihre numerische Bedeutung, ihre geschichtliche Entwicklung und besonders durch ihre geistige Höhe, wie sich dieselbe in einer reichen Literatur ausdrückt, Culturnationen geworden sind. Zu einer solchen kann man nicht durch Majoritätsbeschlüsse eines Parlamentes hinaufdecretirt werden; dazu bedarf es selbst bei einer bedeutenden Volkszahl einer sehr langsamen stetigen Entwicklung. Den Slovenen fehlt nun, bei aller Achtung, die man dem fleißigen und begabten Volke zollen mag, zu einer eigenen Culturnation — noch sehr viel.“

Die „Marburger Zeitung“ schreibt: „Die slovenische Sprache soll durch eine Verordnung bei den Gerichten eingeführt werden. Diese Nachricht muß auf einem Irrthum beruhen; denn ein Gesetz kann nur durch ein Gesetz aufgehoben oder geändert werden und will das Ministerium die allgemeine Bestimmung der Staatsgrundgesetze über die nationale Gleichberechtigung praktisch anwenden, so kann dieß ebenfalls wieder nur in Folge eines Gesetzes geschehen. Die jetzige Mehrheit des Reichsrathes wird zwar nicht ablehnen, wenn die Regierung das, was die Verordnung enthalten soll, als Vor-

lage einbringt, und kommt es in der Hauptsache auf Eins hinaus, ob eine Verordnung oder ein Gesetz die slovenische Gerichtssprache einführt; allein die Befugniß, eine Verordnung zu erlassen, wo ein Gesetz gegeben werden muß, steht keiner Regierung zu — auch dem Ministerium Laaffe nicht.“

Die „Eillier Zeitung“ sagt: „In der Untersteiermark sprechen der Adel, die Geistlichkeit, der Beamtenstand, die Advocaten, Aerzte, Notare, der Bürgerstand, die Lehrer, die Bewohner aller Städte und Märkte, die meisten wohlhabenden Dorfbewohner deutsch, Handel und Industrie befinden sich nur in Händen von Leuten, die entweder Deutsche sind, oder jedenfalls besser deutsch können als slovenisch; die deutsche Sprache versteht mit einem Wort jeder halbwegs gebildete Mensch bei uns — womit ich eine unumstößliche Wahrheit und Thatsache ausspreche, — welches ist also eigentlich der Grund, weshalb man die Slavisirung der Staatsanstalten als ein Gebot der Nothwendigkeit hinstellt? weshalb man Untersteiermark slavifiren will? Betrachtet man irgend einen slavischen Agitator, so wird man sofort finden, daß er auch stets ein Halbpelzer sei. Es bedarf nur geringer Bildung, um unter den Agitatoren des künftigen Sloveniens ganz bedeutend, einflußreich und geltend zu sein — unter den Blinden ist der Einäugige König. Ich weise da auf Dr. Vošnjak. Die Leute wollen bedeutend sein, und weil sie es auf geschickte Art nicht können, zollen sie der Verdummung, der Verblendung, wenn auch zum großen Nachtheile für's Volk, ihren Tribut. Die Herrschsucht der Halbpelzer ist die Ursache der unglückseligen Slavisirungsversuche.“

In dem genannten Blatte äußert sich ein Slovene, wie folgt: „Ihr konntet in allen Tagesblättern lesen, was die Abgeordneten der Landgemeinden Untersteiermarks anstreben. Sie wollen, daß die slovenische Sprache in den Mittelschulen von Eilli, Marburg und Pettau als Unterrichtssprache eingeführt werde; sie wollen, daß bei Gericht das slovenische Amtssprache sei, sie wollen, daß für Untersteiermark, Kärnten und Krain ein Oberlandesgericht in Laibach creirt werde. Die Regierung hat Eueren Abgeordneten der Landbezirke die Zusicherung gegeben, daß sie Gesetze zur Erfüllung dieser Wünsche schaffen werde; und sie wird Eueren slovenischen Abgeordneten Wort halten; denn diese Gesetze sind der Preis, um welchen Euer slovenischen Abgeordneten gegen die Herabsetzung der Grundsteuer in Untersteiermark gestimmt haben, um welchen sie den Czechen eine czechische Universität bewilligten, um den sie zur Einführung der Petroleumsteuer die Hand boten, der Preis, um welchen der Regierung alle finanziellen Anforderungen bewilligt werden, der Preis, um welchen der Unterricht Eurer Kinder um zwei Jahre verkümmert werden soll. Lohnt sich wohl dieser Preis, um die kolossalen Opfer, die sie Euch durch die Handlangerdienste an die Regierung aufbürden? Nein und abermals nein! Ich spreche hier nicht von dem Schaden, den die deutschen Bewohner der Untersteiermark durch die projectirten Gesetze erleiden werden; er ist gering im Verhältniß zu der enormen Schädigung der slovenischen Bevölkerung. Jetzt werden Euer Kinder leicht und mühelos in die deutsche Bildung eingeführt, während sie gleichzeitig in mehr als hinreichender Weise in ihrer Muttersprache Unterricht erhalten. Wenn die Mittelschulen slovenisirt werden, so ist es selbstverständlich, daß Euer Kinder nach absolvirtem Gymnasium nur nothdürftig der deutschen Sprache mächtig sein werden, sie werden unfähig sein, die Studien auf einer deutschen Universität fortzusetzen und gezwungen sein, die Priesterseminare zu füllen. Die Folge davon ist eine Ueberfüllung der Priesterseminarien und die Schaffung eines Proletariates von ab-

solvirten slovenischen Gymnasiasten. Anderweitiger Broterwerb wird Eueren Kindern erschwert, denn Krain ist ohnehin so stark bevölkert, daß seine Söhne in der ganzen Welt gleich den Böhmen verbreitet sind; auch sie werden nur im Besitze der slovenischen Sprache am Hungertuche nagen; Euer Kinder werden im günstigsten Falle Jahre lang auf Anstellungen warten müssen, während sie jetzt vermöge der Kenntniß der deutschen Sprache allen deutschen Concurrenten überlegen sind; sie werden im Lande bleiben müssen, aber sie werden sich kaum redlich erhalten können. Im Handel und Wandel werdet Ihr nicht minder benachtheiligt sein, als in Bezug auf die nachtheiligen culturellen Folgen dieser Gesetze. Und was soll Euch die slovenische Gerichtssprache nützen? Werden Euer Prozesse leichter gewonnen wie bisher? und wird die Justiz überhaupt eine billigere und bessere wie jetzt? Mit nichts! Warum wollen also Euer Bošnjak, Klun, Gödel zc. die slovenische Sprache in Schule und Gericht einführen?! Weil es ihnen und ihren Hegaganten darum zu thun ist, das Volk in Dummheit und Finsterniß zu erhalten. Je unwissender das Volk, desto leichter ist es zu betrügen, und weil die Aufklärung und die deutsche Cultur geeignet ist, der Bevölkerung über die selbstsüchtigen Zwecke der fanatischen Heber die Augen zu öffnen, darum muß sie beseitigt werden; Euer Vertreter, daß Gott erbarm, brauchen eben Schafe, um sie scheeren zu können: „Mundus vult decipi, ergo decipiatur.“

Der Gemeinderath in Marburg nahm in seiner am 30. v. M. abgehaltenen Sitzung nachstehende Resolution einstimmig an: „Der Gemeinderath der Stadt Marburg legt auf das Entschiedenste Verwahrung ein gegen die von einzelnen slovenischen Parteimännern beabsichtigte Slovenisirung der Mittelschulen Untersteiermarks und der Lehrerbildungsanstalt in Marburg und wird mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln solchen Eingriffen in bestehende, den allgemeinen Interessen vollkommen entsprechende Verhältnisse entgegenzutreten, um hiedurch die Schaffung höchst bedauerlicher Zustände, welche einen Rückschritt in der Cultur der Bevölkerung und die Isolirung derselben in der großen Verkehrswelt zur Folge haben müßten, zu verhüten. Er legt ferner auf das Energischste Verwahrung ein gegen die Slovenisirung der Gerichte, die Schaffung eines Oberlandesgerichtes in Laibach und Zuweisung der untersteirischen Justizbehörden zu demselben, da hiedurch die Lostrennung des von demselben gebildeten Gebietes von dem Heimatlande Steiermark herbeigeführt würde, was die wie immer redende Bevölkerung, die in Leid und Freud, Noth und Gefahr stets treu zu einander und zu dem ungetheilten Heimatlande stand, nie und nimmermehr zugeben könnte, umso weniger, als die in den Städten und Märkten die weitaus überwiegende Majorität der Bevölkerung bildenden Deutschen, welche dem Staate durch ihre Intelligenz und ihren Besitz die größten Opfer bringen, hiedurch dem geistigen und finanziellen Ruine preisgegeben und eine Versündigung an der historischen Vergangenheit unseres schönen Heimatlandes vollzogen würde. Wir hoffen von Oesterreich, daß es uns ein treuer Schützer sein wird unserer wohlertworbenen Rechte, für deren Bestand und Erhaltung wir jederzeit eintreten wollen.“

Die Repräsentanz der Stadtgemeinde Eilli folgte dem wackeren Beispiele der Stadt Marburg, indem sie in ihrer am 3. d. M. abgehaltenen Sitzung nachstehende Resolution einstimmig annahm: „Bei dem Umstande, als slovenische Parteimänner unausgesetzt thätig sind, die Städte und Märkte des steirischen Unterlandes ihres deutschen Charakters zu entkleiden; bei dem Umstande, als man die

Mittelschulen Untersteiermarks zu slovenisieren beabsichtigt und dadurch der heranreifenden Generation die Möglichkeit benehmen will, ihr Fortkommen in der großen Welt zu finden, sieht sich der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Cilli veranlaßt, gegen diese fortschritts- und culturfeindlichen Bestrebungen entschieden aufzutreten und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln dagegen anzukämpfen. In erster Linie sind Petitionen gegen die Slovenisierung der Mittelschulen an beide Häuser des Reichsrathes abzusenden; desgleichen sind Petitionen gegen die geplante Slovenisierung der Aemter und Gerichte an das Abgeordneten- und an das Herrenhaus zu richten und darin darzutun, daß dieses Bestreben der nationalen Parteimänner in dem Gedanken wurzelt, durch Slovenisierung der Aemter und Gerichte Letztere vom Grazer Ober-Landesgerichte loszureißen, ein Ober-Landesgericht in Laibach zu errichten und dadurch den ersten Schritt zur Theilung unseres Heimatländes zu thun, um der phantastischen Idee von der Gründung eines Königreiches Slovenien mit scheinbarer Berechtigung nachzugehen und nachhängen zu können. Schließlich findet es der Gemeinde-Ausschuß der Stadt Cilli wünschenswerth, daß behufs gemeinsamen Zusammengehens der Deutschen Untersteiermarks und zur leichteren Abwehr der die Deutschen wie die Slovenen in gleichem Maße bedrohenden Aspirationen ein Parteitag in Untersteiermark zusammentrete.“

Der Kampf der Deutschen und Slovenen.

Unter diesem Titel bringt die „Neue Freie Presse“ einen aus drei Absätzen bestehenden, mit sach- und fachkundiger Hand vorzüglich geschriebenen Artikel, folgenden Idengehalt einhaltend:

Das deutsch-österreichische Volk denkt nicht an's Sterben, vielmehr ist es entschlossen, für sein Leben zu kämpfen und sich der von allen Seiten eindringenden Feinde, die ihm seinen vielhundertjährigen Besitz streitig machen wollen, zu erwehren. Die Lorbeeren der Ezechen und ihre großen parlamentarischen materiellen Siege lassen nun auch nicht mehr die Slovenen ruhen, die slavische Bewegung will nun auch das Deutschthum in Krain verdrängen. Es sei an der Zeit, daß für die südlichen Alpenländer (Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien) eine große organische deutsche Partei gebildet werde behufs Abwehr der Verdrängung des deutschen Bürgerthums in der Untersteiermark und in den Städten Krains, und gegen die Etablierung der Alpenflaven.

Der erwähnte Artikel bekämpft die projectirte Einführung der slovenischen Sprache in Amt und Mittelschule, bestreitet die Nothwendigkeit der Errichtung eines slovenischen Oberlandesgerichtes in Laibach und erhebt gegen die rechte Seite des Abgeordnetenhauses den Anwurf, daß es das Deutschthum in den südlichen Alpenländern verdrängen will und den Haß der Slaven gegen Alles, was deutsch und centralistisch ist, nährt. Weiters wird constatirt, daß vor zwanzig Jahren die Slovenen kaum dem Namen nach bekannt waren; daß in der Geschichte der Slovenen Alles zweifelhaft erscheine; daß deren Cultur und Literatur keine epochemachende Stellung einnehme; daß bis zum 16. Jahrhunderte kein einziges schriftliches Document in slovenischer Sprache existire, und daß das erste slovenische Buch im Jahre 1650 in Tübingen erschien; daß die ganze slovenische Literatur bis in die jüngste Zeit nur aus Gebetbüchern und aus Schriften kirchlichen Inhaltes bestand. Der slavische Schriftsteller Kopitar bemerkte: „Der Sclotismus habe Trüber, Dalmatin und Boherisch zu krainischen Schriftstellern gemacht, ein Unhold, vor welchem die liberalen Mufen fliehen.“

Durch das ganze 17. und 18. Jahrhundert lag das Slovenische in Vergessenheit begraben, die slovenische Sprache war herabgesunken zur „Blanska spraha“, erst Kopitar hat auf Grund tiefgehender Sprachforschungen mit Benützung fremder slavischer Elemente eine slovenische Grammatik abgefaßt.

Der sachkundige Artikelschreiber sagt: „Noch gibt es keine slovenische Nation, das Windische ist der Jargon der dienenden Classe und der Bauern. Als die slovenischen Apostel der Neuzeit austraten, geriethen sie sich sofort in die Haare über die Wahl des — Alphabets, es entbrannte ein jahrelanger A.-B.-C.-Krieg“. Für die Entwicklung des heutigen Slovenischen machten sich zwei Männer hervorragend verdient: Dichter Prefscherr und Fürstbischof Anton Martin Slomischek von Lavant.“

Die Aufstachelung der slovenischen Bevölkerung gegen die deutschen Bewohner Krains rührt, wie im dritten Absätze des erwähnten Artikels bemerkt wird, aus der Aera Belcredi her. Wer erinnert sich nicht an die von nationaler Seite in Scene gesetzten Tumulte im krainischen Landtagsaale? Schon zu Tomani's und Costa's Zeiten wurde die Slovenisierung der Volksschulen, des Gemeindefwesens, die Errichtung einer slovenischen Statthaltereidepartement, die Einführung der slovenischen Sprache bei dem Oberlandesgerichte, die Bestellung slovenischer Referenten bei den Ministerien des Innern und des Unterrichtes angestrebt, und das heutige Programm der Slovenenführer lautet: Errichtung eines Königreiches Slovenien aus den slovenischen Landestheilen der Steiermark, Kärntens, Krains und Istriens. Unter Hohenwart's Führung und unter der Regide des Ministeriums Taaffe hoffen die Slovenen Erfüllung ihrer heißersehnten Wünsche.

In Bezug auf die von gewisser Seite hochgepriesenen Fortschritte der slovenischen Literatur bringt der Artikel Folgendes:

„Man nehme das neueste Buch über die Slovenen von Sumann (recte Schumann) zur Hand. Nicht ein nennenswerthes Werk ist darin aufgezählt, auf keinem Gebiete der Wissenschaften auch nur Eine Leistung! — und doch, welch' eine Fülle von Namen, Stern bei Stern! In Wahrheit aber ist es ein Lallen, eine schülerhafte Production, ein jämmerliches Dilettantenthum, was wir hier Alles als werthvolle Leistung angeführt finden. Ein wahres Pantheon thut sich auf; Jeder, der ein Paar lyrische Reime gesündigt, wird gewissenhaft registriert; von einer Kritik ist keine Rede; man hat den wahren nationalen Größenwahn vor sich, die jämmerlichste Aufgeblasenheit bei totaler Nichtigkeit! Das möchten wir als den Fluch bezeichnen, unter welchem die nationalen Führer zu leiden haben. Welch' ein Nationaljubel bei dem Erscheinen eines Schulbuches, wie sie zu Hunderten in anderen Ländern herausgegeben werden! Und welch' ein zärtliches Verhältniß zwischen Kritik und Production, welch' eine liebevolle Freundschaft und Camaraderie zwischen all' den Tagelöhnern des Schulbüchermarktes. Nicht Einen Historiker kann die slovenische „Nation“ nennen; alle historischen Arbeiten über die Gebiete der Alpenflaven (bis auf den fleißigen Dimity) sind in deutscher Sprache erschienen. Nur zwei Pfarrer, Hizinger und Terstenjak, schrieben slovenische historische Beiträge und erregten insbesondere der Letztere — mit seinen burlesken Fabeln, die sich auf Römersteine stützten, — die gerechte Heiterkeit der Welt. Zwölf Jahre lang amüsierte dieser Landpfarrer die Welt in Bleiweiß „Novice“, bis endlich, um dem Scandale ein Ende zu machen, slavische Autoritäten den Mann Gottes in seiner ganzen Einfalt darstellten.“

Der ausgezeichnete Artikel schließt mit folgenden trefflichen Stellen: „Die falschen Propheten, welche das friedliche slovenische Volk erbittert machen gegen das Deutschthum, es lehren, daß es eine Todssünde

sei, deutsch zu lernen, rauben ihm das beste Gut, das einer höheren Bildung und Gesittung, die Möglichkeit, auf weite Entfernungen hin dem materiellen Verdienste nachzugehen und den Kampf um's Dasein mit stärkeren Mitteln anzunehmen.

Das ist eben die Despotie der Verhältnisse, die nicht mehr zu unterscheiden erlaubt, sondern nur gestattet, sich dem Banne nationaler Leidenschaft zu fügen. Mit Vernunft und Ueberlegung könnten die Slovenen Steiermarks und der angrenzenden Länder unmöglich dem Treiben folgen. Die Tradition ist in Religion, Familie und Staat eine ehrwürdige Sache; der nationalen Führern gilt aber die staatliche Tradition nichts. Nicht genug mit den gethanen Schritten zur Durchführung der sprachlichen Gleichberechtigung, nicht genug mit der Alleinherrschaft der slovenischen Unterrichtssprache an der Volksschule in den windischen Gebieten, mit ihrer Vertretung in verschiedenen Fächern an der Mittelschule, verlangt man auch die Beseitigung des Deutschen in allen diesen Gegenden.

So wird es denn auch im Alpenlande einen frischen Kampf geben. Das gewöhnlichste Terrain, sagt Victor Hugo, gewinnt einen Glanz, wenn es zum Schlachtfelde wird. Wir haben gesehen, daß die Slovenen eine nennenswerthe Original-Production nicht besitzen. Dazu ist ein absoluter Mangel an Aneignung fremden Geisteslebens hinzugetreten; und jetzt fehlt auch noch der gute Wille, vom Deutschen etwas zu lernen. Was wird das Ende sein? Die geistige Taubheit wird, wie die leibliche, Stummheit zur Folge haben. Das Ende und noch mehr die Folge dieser antideutschen und bildungsfeindlichen Bewegung wird sein — die Barbarei.“

Politische Wochen-Uebersicht.

Die Regierung wird, wie angeblich gut informirte Blätter erfahren haben wollen, von den am 15. d. zusammentretenden Delegationen einen Credit in der Höhe von beiläufig 36 Millionen Gulden beanspruchen u. zw. 26 Millionen für die zur Bewältigung der Insurrection aufgeboteene Truppenmacht und 10 Millionen für Straßen- und Befestigungsbauten im Occupationsgebiete.

Otto Freiherr v. Apsalttern legte im Herrenhause des Reichsrathes dem Reichskriegsministerium die Erfüllung des Wunsches nahe, daß in Zukunft eine Einberufung der Reserve nur in dem im § 10 des Wehrgesetzes vorgesehenen Falle stattfinden. Redner betonte, daß die Reserve bereits dreimal zur Ergänzung des Truppenstandes einberufen worden ist. Dabei ist die Frage aufgeworfen worden, ob diese Einberufungen sich mit dem Wehrgesetze vereinbaren lassen. Die Bevölkerung hat im Jahre 1878 diese Maßregel mit Seufzen, ja mit Widerwillen aufgenommen, sie ist indessen dem Rufe zu den Waffen ausnahmslos gefolgt. Feuer wurde abermals mobilisirt, um den Aufstand in der Krivooseie niederzuwerfen; diese Maßnahmen sind freundlicher aufgenommen worden, weil die Regierung dieselben motivirt hat. Es bleibt nun die Frage übrig, wie steht es mit der gesetzlichen Grundlage dieser Maßregel und wie steht es damit, das Interesse der Bevölkerung zu wahren, um für die Zukunft solche Maßnahmen zu vermeiden? Im § 10 des Wehrgesetzes findet sich ein Princip hingestellt, dem dieselbe nicht entspricht, da nach diesem Paragraphen die Reserve nur auf Befehl des Kaisers, nachdem die Truppen vorher auf den Kriegstand gebracht worden sind, einberufen werden kann. Dieß ist im Jahre 1878 nicht geschehen, da die Truppen nur auf den erhöhten Friedensstand gebracht worden sind.

Der Kaiser hat den bisherigen Leiter der böhmischen Statthaltereie, FML. Freiherrn v. Kraus, zum Statthalter in Böhmen ernannt.

Der Reichsrath wird sich nach Ablauf der Osterferien mit der Zolltarif-Vorlage und der Schulgesetz-Novelle beschäftigen. Die Vertagung der Reichsrathssitzungen dürfte erst Mitte Juni erfolgen.

Dem Begehren der tschechischen Parteiführer um Auflösung des böhmischen Landtages wurde seitens der Regierung folgender Bescheid zu Theil: „Würde der Landtag aufgelöst werden, dann hielte auch wahrscheinlich gleich die hohe Politik ihren Einzug in das alte Gebäude auf dem Prager Fünfkirchenplatze, ganz abgesehen davon, daß die Wogen der Wahlbewegung gerade heuer sicherlich höher gehen würden, als es für die Ruhe im Lande Böhmen nothwendig erscheint“

Vom Insurrectionschauplatze.

Nach vorliegenden officiellen Berichten durchstreifen die k. k. Truppen die Gegenden bei Zagorje, Foca, Gorazda, Perusica, Tzjar-Karaula, Vitoc, Beceva-Blava, Bafact, Tientista, Kolici-Pan, Kerckovi, Kuslat, Palizi, Brbico-Hoceva, Celebie, Krslac, Stanica, Kreci, Bisovo, Belenic, Stanjevo-Brdo, Poljevac, Sukovac u. a. Nächst mehreren dieser Ortschaften kam es zwischen k. k. Truppen und Insurgenten zu ernstlichen Zusammenstößen, bei welchen die Aufständischen Verluste erlitten und gegen die montenegrinische Grenze gedrängt wurden. Entscheidende Gefechte fanden nicht statt. Unsere Truppen bestehen die außergewöhnlichen Strapazen mit Ausdauer und liefern in Folge derselben ein ansehnliches Contingent in die Spitäler ab.

Ausland.

Die bereits zu wiederholten Malen angekündigte Begegnung der Monarchen Oesterreichs und Italiens soll im Monat Mai l. J. zu Monza stattfinden.

Czar Alexander beabsichtigt, die kaiserliche Residenz von Petersburg nach Moskau zu verlegen.

In Deutschland feiert die clerikal-conservative Partei das Fest der Auferstehung der Reaction, deshalb übelste Stimmung gegen den Fürsten Bismarck, welcher den Maigesetzen seinen bisherigen Schutz entzogen hat und alle Anstalten trifft, „nach Canossa zu gehen“.

Die Gemeinderathswahlen und der Handels- und Gewerbebestand.*)

Verehrter Herr Redacteur!

Seit jeher zähle ich zur liberalen Partei und habe auch stets bei allen Wahlen dieser meiner Ueberzeugung gemäß meine Stimme abgegeben. Im Uebrigen habe ich bisher niemals darnach geizigt, im öffentlichen Leben eine Rolle zu spielen, und auch für die Zukunft gedenke ich schlecht und recht ein treuer Parteigenosse zu bleiben, ohne irgend weiter hervortreten zu wollen. Wenn ich Sie dennoch bitte, mir einmal für einige Ausführungen in Ihrem Blatte Raum zu geben, so bewegt mich dazu einerseits die ganz besondere Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeinderathswahlen und andererseits der Umstand, daß ich als stiller, aber aufmerksamer Beobachter im Laufe der Jahre mancherlei Erfahrungen über die Wahlen gesammelt habe, deren Veröffentlichung vielleicht doch Einen oder den Anderen meiner Mitwähler interessieren und ihn veranlassen könnte, denselben eine erhöhte Theilnahme zuzuwenden.

*) Obige Aufschrift kam uns von einem Wähler aus den Kreisen des Handelsstandes zu. Wir veröffentlichen dieselbe mit größtem Vergnügen, einmal, weil sie von lebhaftem Interesse und Verständnisse für die Bedeutung der Sache ein erfreuliches Zeichen gibt, und dann weil sie so viel richtige und bedeutsame Bemerkungen für die Wähler speciell aus dem Handels- und Gewerbebestande enthält, daß wir deren Beachtung nur auf's Angelegentlichste empfehlen können.

Zunächst möchte ich aus einer langen Reihe von Wahlen constatiren, daß bei der nationalen Partei die ganze Action eigentlich stets auf das Terrorisiren der Wähler hinausgelaufen ist. Es wurde vielleicht manchemal in einem geringeren, dann wieder in einem stärkeren Grade terrorisirt — so arg wie heuer schon lange nicht — auch die Wählerclassen haben schon gewechselt, gegen die sich jeweilig der stärkste Druck richtete, aber immer ist schließlich der Wahlkampf auf nationaler Seite in eine reine Pression, in die Anwendung moralischer und materieller Zwangsmittel ausgeartet. Von einer sachlichen Anfechtung der Behauptungen und Leistungen der liberalen Partei, von der Begründung eines eigenen sachlichen Programmes war da niemals die Rede.

In Uebereinstimmung mit den vorjährigen Gemeinderathswahlen richten sich die nationalen Einschüchterungsversuche auch bei den bevorstehenden, vor Allem gegen die Beamten und gegen einen Theil des Handels- und Gewerbebestandes.

Bei den Beamten hofft man damit zu terrorisiren, daß man die Wahlen in den Gemeinderath, trotzdem sie offenkundig und der Natur der Sache nach einen rein localen Charakter und eine wesentlich materielle Bedeutung haben, fälschlich als eine große politische Angelegenheit hinstellt. Nun, ich bin zwar, in keiner Weise berufen, den Wählern aus Beamtenkreisen Rathschläge zu geben, und bin auch überzeugt, daß diese den ebenso geschraubten als perfiden nationalen Tiraden ohnehin keinen Werth beilegen, aber die Eine Bemerkung möge mir doch hier erlaubt sein, daß unter den Anderen mir gerade auch die Beamten, als die Träger der staatlichen Verwaltung und Rechtspflege besonders berufen erscheinen, für den Fortbestand der bisherigen Gemeinderathsmajorität und für die Wahl von Candidaten einzutreten, die dies verbürgen, und zwar nicht um großer politischer Principien willen, sondern einfach deswegen, weil eine liberale Gemeindevertretung die sicherste Gewähr für eine gewissenhafte Leitung der städtischen Verwaltung, für eine umsichtige, finanzielle Gehahrung, für die Aufrechthaltung der Ruhe bisher gewesen ist und auch künftig sein wird, indeß noch unvergessene, traurige Erfahrungen aus früherer Zeit lehren, daß solche Garantien bei einer Führung der Stadtgeschäfte durch die Nationalen nicht nur nicht geboten, daß diesfalls vielmehr die gegründetesten Befürchtungen am Platze sind.

Gegen die Wähler aus dem Handels- und Gewerbebestande wird der Terrorismus wieder in anderer Weise geübt. Man greift zu materiellen Mitteln und scheut nicht vor förmlichen Drohungen, den Gewerbetrieb zu schädigen, Kunden abwendig zu machen und dergl., zurück, sei es, daß derartige Pressionen in den Journalen verkündet oder von unverschämten nationalen Einpeitschern, vielleicht sogar von Candidaten selbst den Wählern bei aufdringlichen Besuchen mündlich vorgebracht werden.

Ich habe wohl nicht nöthig, mich über die Unanständigkeit und Verwerflichkeit des eben bezeichneten Vorganges des Näheren auszulassen, ich will auch nicht weiter davon reden, daß jeder gesinnungstüchtige Wähler sich durch einen derartigen Terrorisierungsversuch in keinem Falle einschüchtern lassen, vielmehr das allgemeine Beste im Auge behaltend — dessen Wahrung in letzter Linie ja doch nur wieder trotz eines scheinbaren momentanen Opfers nur den Einzelnen zu Gute kommt — dann erst recht für seine Ueberzeugung bei der Wahl einstehen soll, aber meine Standesgenossen mögen mir glauben, — ich rede aus eigener Erfahrung — daß es mit diesen Drohungen, so aufrichtig gemeint sie von den betreffenden dunklen Ehrenmännern sein mögen, in der Wirklichkeit denn doch seine Wege hat. Diese nationalen Agitatoren, wenn sie auch während der Wahlen den Mund voll nehmen und riesigen Lärm schlagen, haben doch im Grunde hinterher auf

das große Publikum keinen Einfluß. Dieses wird vielmehr, mag es sonst national oder liberal denken, nur dort kaufen, wo die Waare gut und billig ist. So war es immer und überall und so wird es auch stets bleiben. Und gerade die Herren nationalen Exaltados selbst sind bekanntlich in Geldsachen meist sehr knauserige Leute und wären am allerwenigsten bereit, ihre Großsprechereien auf Kosten des eigenen Geldbeutels zu realisiren.

Ich will gerne zugeben, daß es für den Betroffenen sehr unangenehm ist, wenn plötzlich so ein paar nationale Wahlhähnen mit bekannter Unverfrorenheit in's Geschäft fallen und mit aufdringlichem Zureden oder wohl gar mit Drohungen, wie ich sie erwähnt, auf Einen eindringen. Mir ist es auch passiert, aber nur einmal. Ich habe den betreffenden Herren mit aller Ruhe, aber auch mit unzweideutiger Klarheit meine Meinung gesagt, habe ihnen unverhohlen entdeckt, daß ich ihr Vorgehen mit einer anständigen Wahlbewegung für durchaus unvereinbar halte, habe ihnen auseinandergesetzt, daß bei mir mein Geschäft und meine Haltung in Wahlanglegenheiten zwei ganz getrennte Dinge sind, und habe ihnen schließlich sehr unumwunden erklärt, daß bei mir ihrer Liebe Mühe umsonst sei und immer umsonst bleiben werde, denn ich habe meine feste Ueberzeugung und dabei bleib' ich. Die Herren sind auf das ziemlich verduzt abgezogen und nie mehr wiedergekommen. Ich habe seither bei jeder Wahl Ruhe gehabt, Gott sei Dank aber alle meine liberalen und nationalen, deutschen und slovenischen Kunden behalten und mit allen stehe ich im Geschäftsverkehr auf gleich gutem Fuße. Meine Herren Mitwähler aus dem Handels- und Gewerbebestande mögen es nur machen, wie ich's gemacht, und gewissenszubringlichen Herren ebenso höflich als bestimmt die Wege weisen und sie werden, ebenfalls ganz ungefährdet, für weiters unbedrängt bleiben. Der Fehler ist nur der, daß manche Wähler einem Einschüchterungsversuch gegenüber nicht genug Energie besitzen. Darauf speculiren gerade diese gewissen Agitatoren. Wo sie Festigkeit begegnen und entsprechend abgetrumpft werden, da ist es, wie gesagt, mit ihrer Aufgeblasenheit bald vorbei und sie suchen das Weite.

Und noch ein Anderes möchte ich meinen Berufsgenossen zu bedenken geben. Wenn es den liberalen Kreisen jemals einfiele, Repressalien zu üben und angesichts eines Gegners, dem alle unerlaubten Mittel recht sind, gleichfalls zu terroristischen Maßregeln zu schreiten: wie ginge es den Geschäftsleuten dann in solchem Falle? Ich meine, wer die Geschäfts- und Creditverhältnisse in der Stadt kennt, wird meiner Antwort beistimmen: sehr übel ginge es ihnen dann, viel mehr hätten sie dann zu fürchten, als von den derzeitigen Drohungen der nationalen Wahlagitatoren. Aber — so denken und sagen wohl auch die meisten Geschäftsleute — die Liberalen sind viel zu anständig und greifen ohnehin niemals zu solchen Mitteln. Von der Seite haben wir also ohnehin nichts zu befürchten. Wichtig, so war es und so soll es hoffentlich bleiben. Doch Alles hat seine Grenzen und wenn die liberale Partei sähe, daß die Gegner mit ihrem Terrorismus nicht aufhören und mit Drohungen etwa gar Erfolge erzielen, dann müßte sie es sich am Ende auch überlegen. In einem Kriege, wo ein Theil alle Gesetze des Völkerrechtes immer und immer wieder mit Füßen tritt, da kann sie schließlich auch der Andere nicht mehr respectiren, ohne Gefahr zu laufen, ob seiner gutmüthigen Ehrlichkeit nicht nur den Kürzeren zu ziehen, sondern von dem rücksichtslosen Gegner obendrein verlacht zu werden.

Gehen wir aber weiter und nehmen wir den Fall wirklich an, daß ein oder der andere Wähler durch ein rückhaltloses und offenes Eintreten für seine Ueberzeugung — wovon im strengen Sinne

eigentlich nur bei den Landtagswahlen die Rede sein könnte, wo durch mündliche Abstimmung gewählt wird, und nicht bei den Gemeinderathswahlen, wo bekanntlich nur die Abgabe ununterschiedener Stimmzettel stattfindet — thatsächlich ein persönliches Opfer brächte, wird ein solches nicht andererseits reichlich aufgewogen? Ich sage nicht, durch die Erreichung eines idealen Zweckes, sondern durch die ganz bestimmten Vortheile, die jeder Einzelne und in erster Reihe die Geschäftswelt davon haben, wenn die Leitung der städtischen Angelegenheiten auch künftig in den bisherigen Händen bleibt. Handel und Wandel, Verkehr und Geschäft haben doch das lebendigste Bedürfnis, daß die communale Verwaltung in geordneten Bahnen bleibe, gewissenhaft und unparteiisch geführt, daß die städtischen Finanzen in strenger Ordnung erhalten werden, daß im kommunalen Leben überall der Geist ruhiger Arbeit und zielbewußten Fortschrittes herrsche. Nur wenn die Zustände solche sind, kann an einen Aufschwung in geschäftlicher Richtung gedacht werden, nur dann wird man auswärtiges Capital hier investieren, werden sich die Handelsbeziehungen lebhafter gestalten, sich Fremde hier neu ansiedeln u. s. w. Die seitherige liberale Gemeindevertretung hat voll und ganz bewiesen, daß sie es versteht, solche Zustände in der Stadt zu begründen und zu erhalten, die nationale Partei aber vor Jahren traurigen Angebens ebenfalls klar gezeigt, daß sie dies entschieden nicht versteht. Wo wäre daher der Geschäftsmann, ob groß oder klein, der nicht das größte und eigenste Interesse hätte, dafür zu sorgen, daß die Majorität des Gemeinderathes unverändert dieselbe bleibe und daß ein nationales Regiment im Rathhause mit allen seinen schon dagewesenen gefährlichen Consequenzen hintangehalten werde.

Daß sich ein Wähler denke: Alles recht schön, aber auf meine Stimme wird es ohnehin nicht ankommen, sollen es nur die Anderen machen — das, hoffe ich, kann gar nicht mehr vorkommen, denn die Erfahrung des vorigen Jahres hat es ja deutlich gelehrt, daß es auf eine Stimme ankommen könne, und hener ist ein ähnlicher Fall gewiß nicht ausgeschlossen. Einer anderen Meinung aber möchte ich im Vorhinein noch begegnen, als ob ein wider jedes Erwarten etwa eintretendes Unterliegen der liberalen Partei nur für ein Jahr von Nachtheil wäre. Keineswegs! Die Folge wäre bei der Art der successiven Erneuerung der Mitglieder, wie sie im Gemeinderathe stattfindet, vielmehr die, daß es später mehrjähriger ununterbrochener Erfolge bedürfte, um die verloren gegangene Majorität wieder zu gewinnen. Ebenso wenig möge sich Jemand mit dem Gedanken trösten, wenn ein unglückseliges Geschick die Nationalen an's Ruder brächte, die werden sich durch ihre Fehler ohnehin bald wieder unmöglich machen, und einem liberalen Gemeinderathe wird es wohl abermals gelingen, Alles in's gute Geleise zu bringen. Da könnte doch eine bittere Täuschung kommen! Allerdings hat der jetzige Gemeinderath nach jahrelanger angestrebter Arbeit nicht nur alle Schäden der früheren nationalen Miswirthschaft gut gemacht und überdies die Lage der Gemeinde zu einer überaus befriedigenden gestaltet. Aber es liegt ja nicht in seiner Macht allein, daß es ihm ein zweites Mal ebenso gelänge. Ein nationales Regiment könnte leicht Folgen haben, die dauernde und irreparable Nachtheile zumal in finanzieller Beziehung nach sich ziehen, und die auch die hingebendste Arbeit und die reichste Erfahrung eines darauf folgenden liberalen Gemeinderathes nicht mehr wett zu machen vermöchte.

Ich ende mit dem Wunsche, daß meine bescheidenen Ausführungen insbesondere bei meinen Mitwählern aus dem Handels- und Gewerbebestande eine freundliche Würdigung finden möchten, und drücke Ihnen, Herr Redacteur, meinen Dank für die

Aufnahme derselben und meine vollkommene Hochachtung aus. Ihr ganz ergebener
M. S.
Lai bach, 6. April 1882.

Locale Nachrichten.

— (Der zukünftige Bürgermeister.)

Die nationale Wahlagitation gestaltet sich von Tag zu Tag ungeblicher und die verschiedenen Agitatoren, unter welchen die Studenten- und nationale Juristenwelt eine hervorragende Rolle spielen sollen, begeistern sich gegenseitig durch die rosigsten und überschwänglichsten Hoffnungen, denen sich dieselben über den Wahlerfolg hingeben. Es soll sogar bereits für die Zukunft ein slovenischer Bürgermeister in Aussicht genommen sein. Obwohl nämlich die Function des dormaligen Bürgermeisters noch ein Jahr lang fortbauert, hoffen die Nationalen doch, daß derselbe, wenn der zum Glücke ganz unwahrscheinliche Fall eintrete und die Majorität des Gemeinderathes sich zu einer nationalen gestaltete, seine Stelle niederlegen werde. Und hierin dürften die Herren Recht haben, da es nicht die Gepflogenheit der Liberalen ist, sich an solche Ehrenstellen auch unter Verhältnissen anzuklammern, welche eine geistliche Wirksamkeit nicht ermöglichen; anders hat es freilich Dr. Costa gehalten, welcher auch, nachdem der Gemeinderath eine liberale Majorität erhielt, ja nachdem er — Dr. Costa — bereits als Bürgermeister suspendirt war, diesen Posten immer noch nicht aufgeben wollte, bis endlich der Gemeinderath aufgelöst wurde. Welchen Verlust diese Resignation unseres dormaligen hochverehrten Bürgermeisters, die wir im Vertrauen auf den Wahlerfolg der liberalen Partei allerdings nicht in Aussicht zu nehmen brauchen, für die Stadt bedeuten würde, werden alle unbefangenen Denkenden leicht beurtheilen. Das unermüdete, musterhafte administrative Wirken unseres durch seltene Charakter- und Geistes Eigenschaften ausgezeichneten Bürgermeisters wird sich in keiner Weise ersetzen lassen, am allerwenigsten aber wird in den Reihen der nationalen Streber, welche sich an die curulischen Stühle der Stadtvertretung schon seit Jahren erfolglos herandrängen, auch nur halbwegs ein Ersatz für Bürgermeister Laschan zu finden sein; denn um die Geschäfte einer Großcommune sachgemäß und würdig leiten zu können, genügt es wahrlich nicht, wenn man nur in nationalen Vereinen und Wahlcomités eine Rolle gespielt hat.

— (Die Gemeinderaths-Candidatur des Herrn Fribar,) welcher Agent der Versicherungs-Gesellschaft „Slavija“ ist, erheischt selbstverständlich die entsprechende Reclame. Diese besorgten bereits „Slovenec“ und „Slov. Narod“, indem sie unter Hinweisung auf die nicht slovenische Denkungsart ihres hiesigen Repräsentanten die altbewährte „wechselseitige Brandschadenversicherungsanstalt“ heruntermachen und für Versicherungen dringend die „Slavija“ empfehlen. Es ist dies eine bedenkliche Irreführung des versichernden Publikums. Wir sind nicht näher informirt über den finanziellen Stand dieser Anstalt und haben nur gelesen, daß deren letzte Bilanz eine kritische Beurtheilung in der Presse fand. Was jedoch die Wirksamkeit der „Slavija“ in Krain betrifft, so ist es eine bekannte Thatsache, daß es keine Versicherungsgesellschaft hier gibt, welche mit den Versicherten so hart verfährt, wie die „Slavija“. Man frage bei den Gerichten, wie viele Hunderte von Klagen auf Zahlung der Versicherungsbeiträge gegen die arme Landbevölkerung jährlich eingebracht, wie viele Executionen geführt, wie große Kostenbeträge um der geringfügigsten Prämie wegen von dem Landmann bezahlt werden müssen. Zwei Advocatenkanzleien werden mit diesen Klagen beschäftigt und fahren wohl dabei. Die Bevölkerung am Lande wird von den Agenten überlaufen und versichert oft ohne genaue Kenntniß der

Statuten der Anstalt ihr Eigenthum bei derselben. Die Folge dessen sind die erwähnten zahllosen, sonst bei keiner der hiesigen Versicherungsanstalten vorkommenden Klagen, Prozesse und Executionen, welche gerade kein Bild segensreicher Thätigkeit dieser Anstalt bieten. Die Agenten derselben geben oft auch Versicherungen ab, die nie zu Stande kommen, und es werden oft Leute gellagt, die niemals einen Versicherungsvertrag unterschrieben. Dieß Alles sind notorische Thatsachen, welchen gegenüber es sich sehr sonderbar ausnimmt, wenn die „Slavija“ aus Rücksichten für ihren hiesigen Agenten und ihre czechische Provenienz dem Publikum anempfohlen wird.

— (Dr. Zarnik über den Werth der Schulzeugnisse aus dem Slovenischen.) In der letzten Gemeinderathssitzung wurde zur Verleihung eines ausgeschriebenen Kanzleipraktikantenpostens beim Stadtmagistrate durch die Personal- und Rechtssection ein dafelbst als Diurnist in Verwendung stehender Bewerber anempfohlen, der sich auch mit einem guten Zeugnisse über die am hiesigen Gymnasium zurückgelegten Prüfungen aus der slovenischen Sprache auswies. Dr. Zarnik, dem dieser Bewerber nicht zu Gesichte stand, erklärte derartige Zeugnisse als einen Humbug und beantragte, es möge der Gemeinderath eine Nachprüfung des Genannten veranlassen. Wir glauben, daß der genannte Gemeinderath mit einem derartigen Verdicten den slovenischen Sprachmeistern an den Mittelschulen, die doch zumeist seiner Partei angehören, einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. Es ist eben für Dr. Zarnik in allen Angelegenheiten, wo die Kenntniß des Slovenischen von ihm verlangt wird, nicht diese, sondern einzig und allein die Parteistellung des Betreffenden maßgebend. Die Nationalen ertheilen sehr gerne auch die völlige Absolution von dieser Anforderung, die sprechendsten Beweise hiefür sind die Reichsrathsabgeordneten Fürst Windischgrätz, Graf Hohenwart, Graf Margheri, Ritter von Schneid.

— (Zur Gerichts-Sprachenfrage.) Das städt. del. Bezirksgericht Cilli hat vor Kurzem über die in slovenischer Sprache eingebrachte Klage des Blas Sporin durch Dr. Joseph Sernec gegen M. Talaus durch Dr. E. Glantschnigg in Cilli wegen 80 fl. den Beklagten mittelst Contumazurtheiles sachfällig erklärt, weil derselbe und dessen Vertreter Dr. Glantschnigg sich weigerten, auf die in slovenischer Sprache von einem Advocaten verfaßte Klage Rede und Antwort zu geben. Dr. Glantschnigg überreichte gegen dieses Urtheil die Appellationsbeschwerde. Das Oberlandesgericht in Graz hat nun in Stattgebung der Beschwerde das Urtheil erster Instanz, sowie die Verhandlung und den über die Klage erflossenen Bescheid aufgehoben und verordnet, daß die nicht in der bei Gericht landesüblichen deutschen Sprache vom Advocaten Dr. Joseph Sernec verfaßt und überreichte Klage zu Gericht nicht angenommen wird, und daß es dem Kläger freistehe, dieselbe in deutscher Sprache einzubringen. Die Gründe der zweiten Instanz lauten wie folgt: Die Annahme der von Dr. Joseph Sernec verfaßten Klage do prä. 23. November 1881, Z. 14.838, verstößt gegen die Vorschrift des § 13 a. G.-D. und ist mit einer von amtswegen zu wahrenen Nichtigkeit behaftet, weil sie nicht in der bei den Gerichten in Untersteiermark allein üblichen deutschen Gerichtssprache von einem derselben kundigen Advocaten, dem also die mit dem bezogenen Ministerialerlasse vom 15. März 1862, Nr. 865, für nur der slavischen Sprache kundige Parteien geschaffenen Erleichterungen nicht zu Statten kommen, überreicht wurde, und eine nachträgliche Abänderung der Anordnung des § 13 a. G.-D. weder durch den nur einen Grundsatz enthaltenden Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes vom 21. December 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142, noch durch ein anderes Gesetz erfolgt ist.

— (Erläutertes und Natürliches.)

Die letzte slovenische Vorstellung des dramatischen Vereines mit einem aus dem Kroatischen übersehten Lustspiele war sehr schwach besucht, von einem gewählten Publikum war keine Spur wahrzunehmen, wie es bei den gedachten Aufführungen in der Regel der Fall ist. Eine ertöbende Langweile herrschte im Hause, gesteigert durch den schleppenden Gang der Handlung und durch die Unbeholfenheit bezahlter Dilettanten, denen man es an jeder Bewegung anfaß, daß sie nur gegen Taggeld aufgenommene Handlanger seien, alles sehnte sich aus den Theateräumen hinaus, um wieder frische Luft zu athmen. Da spielte ganz unerwartet das Theaterorchester während der letzten Scene den Strauß'schen Walzer „Für Natur“ aus dem „Lustigen Krieg“ und siehe da, die durch die kroatisch-slovenische Muse schier zur Verzweiflung gebrachten Zuschauer applaudirten auf das Lebhafteste den Klängen der Musik des Walzerkönigs. Diese Scene ist berechtigt, als die weitläufigste Kritik über das bisherige Wirken des dramatischen Vereines. Es gebührt diesem Vereine eben an Allem, was man von ihm zu fordern berechtigt ist. Sowohl die von ihm aufgeführten Stücke als die ihm zu Gebote stehenden dramatischen Kräfte erheben sich nicht über das Niveau der allgewöhnlichsten Mittelmäßigkeit. Und zu allem Dem mußten viele Tausende aus dem Landesfonde herhalten. Wollte man schon dem armen Steuerträger in Krain einen vergnügten Abend verschaffen, so wäre es viel praktischer gewesen, eine gute Musikbande zu organisiren, sicherlich hätten die von ihr aufgespielten Strauß'schen Walzer das Publikum besser amüfirt, als die Abgeschmacktheiten, womit der dramatische Verein die in das Theater eingeweichteten Zuhörer abquält. Solch' jämmerliche Zustände können sich nur dort entwickeln, wo jede Kritik streng verpönt ist. Um das Maß des Unglücks der „Slovenska Thalia“ voll zu machen, ist seit der neuen Aera zu den Lobhudeleien der nationalen Blätter über die wunderbaren slovenischen Productionen auch noch die „Laibacher Zeitung“ mit ihren Posaunenstößen hinzugekommen. Allein trotz dieser officiösen Reclame will sich ein besseres Publikum zu den slovenischen Vorstellungen nicht einfinden. Eine geradezu komische Wendung nehmen die Lobhudeleien, welche die „Laibacher Zeitung“ dem kroatischen Lustspiele spendet, wenn man die „Novice“, ein sonst in Beweihräuchungen sehr freigebiges Blatt, zur Hand nimmt, worin jenes Opus als ein Nachwerk erklärt wird, womit man die slovenische Bühne künftighin verschonen möge, während Herr Peter Radic in der Amtszeitung den Lesern in Aussicht stellt, auf die Besprechung jenes Meisterwerkes noch zurückzukommen. Wer hat Recht? Herr Peter v. Radic oder Herr Mesovec? Wir glauben, die Prehleitung der Amtszeitung erjuchen zu müssen, sie möge der Lobeswuth ihres Officiösus, der jede nationale Lappalie als ein großes Culturwerk preist, Einhalt thun, denn bei so handgreiflicher Reclame muß auch dem gläubigsten Leser der „Laibacher Zeitung“ der großartige Schwindel, der mit der Verherrlichung der nationalen Bestrebungen getrieben wird, in die Augen springen.

— (Ein Belobungszeugniß für die Führer der liberalen Partei in Krain.) In der „N. Fr. Presse“ ist vor kurzem ein von fachkundiger Hand geschriebener, sensationeller Artikel über „den Kampf der Deutschen und der Slovenen“ erschienen. Als Antwort darauf bringt „Slov. Narod“ mit Bezug auf die bevorstehenden Wahlen einen langen Schimpfartikel über das Triumvirat „Deschmann-Schaffer-Schrey“, dem wir einige Kraftstellen entnehmen. Es heißt daselbst: „So lange dieses Triumvirat herrschen wird, kann es bei uns nicht zum Frieden kommen. Aus bloßem Fanatismus will die deutsche Clique in Krain nichts hören und nichts

sehen, nur darum nicht, weil jenes Triumvirat es nicht zuläßt, daß ihre Parteigenossen für etwas anderes Aug' und Ohr haben. Die deutschen Wähler sind Marionetten, welche so marschiren und tanzen müssen, wie ihnen dieses Triumvirat vorgeigt. Diese drei sind die politischen Terrorisanten, einzelne ihrer Gefinnungsgenossen würden sie schon selbst gerne einsargen, wenn dieß nur ruhig bewerkstelligt werden könnte. Sie üben eine politische Inquisition aus, man kann schon nicht mehr in dieser Atmosphäre leben, in welcher jede Meinungsäußerung verboten ist, wenn sie nicht vorher der Censur jenes Triumvirates unterzogen wurde.“ Zum Schlusse ist „Narod“ so naiv, die deutschen Wähler zu beschwören, sie mögen ja nicht die vom bürgerlichen Wahlcomité vorgeschlagenen Candidaten wählen, und zwar um unseres eigenen Seelenheils willen, um sich endlich jener abscheulichen Unterdrücker jeder freien Meinungsäußerung auf eine anständige Art zu entledigen.

— (Gegen die Slovenisirung des Görzer Gebietes.) Der Görzer Landeschulrath wird demnächst dem Cultus- und Unterrichtsministerium eine Denkschrift vorlegen, worin der Nachweis erbracht wird, daß die auch dort geplante Slovenisirung der Mittelschulen nicht durchgeführt werden könne.

— (Für den Neubau des Landes-Museums „Rudolfinum“) sind bisher folgende Beiträge theils im Baaren eingegangen, theils zugesichert worden: Karl Ludmann, Landtags-Abgeordneter 100 fl., Landeshauptmann Graf Thurn 200 fl., Josef Ritter von Pagliaruzzi 10 fl., Karl Deschmann 100 fl., Ottomar Bamberg 50 fl., Dr. Robert von Schrey 50 fl., Graf Ignaz Attems, Herrschaftsbesitzer in Rann 50 fl., Dr. Victor Ruf, Reichsrathsabgeordneter in Wien 20 fl., Frau Josefina Terpinz 200 fl., zusammen 780 fl. Außerdem hat die Stadtgemeinde Laibach einen in zwei gleichen Raten, nämlich bei der Grundsteinlegung und bei der Dacheindeckung zahlbaren Beitrag von 5000 fl. und Herr Alois Praschniker in Stein die Lieferung von 100 Centnern „Roman-Cement“ zugesichert. Zu demselben Zwecke spendete die Gesellschaft Leykam-Josefsthal den namhaftesten Beitrag von 200 fl. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß namentlich die gewerbliche Bedeutung des neuen Museums, welches bekanntlich auch für Gewerbeausstellungen und zur Aufnahme einer Musterwerkstätte bestimmt ist, die erwähnte industrielle Unternehmung zu dieser Unterstützung bewog, und ist wohl die Erwartung berechtigt, daß dieses eble Beispiel auch bei anderen industriellen Unternehmungen Nachahmung finden wird.

— (Der Gruppe Laibach des deutschen Schulvereines) sind jüngst mehrere Damen beigetreten. Wir begrüßen mit Befriedigung die erwachende Theilnahme der weiblichen Welt an dem für die krainische Jugend so bedeutsamen Wirken dieses Vereines. Gerade die Frauen, welche auf das Geistes- und Gemüthsleben der Kinder einen so wichtigen Einfluß ausüben, sind gewiß nicht die Letzten berufen, die Zwecke eines Vereines zu unterstützen, welcher der Jugend den Unterricht in einer Cultursprache zu sichern und demnach die wahre Bildung derselben zu fördern geeignet ist. Nachdem dem deutschen Schulvereine statutengemäß Jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes als Mitglied beitreten kann, so hoffen wir, daß das erwähnte Beispiel kein vereinzeltes bleiben wird.

— (Der Deutsche Schulverein) läßt sein Banner auch über den großen Ocean hinaus flattern, und zwar mit günstigen Erfolgen. Aus einem Berichte dieses Vereines entnehmen wir, daß die in Amerika domicilirenden Slovenen behufs Gründung deutscher Schulen in Krain dem obgenannten Vereine namhafte Geldbeträge ein-

gesendet haben. Die in fremden Welttheilen domicilirenden Slovenen können sich ihr Heimland Oesterreich nur als ein deutsches denken.

— (Das Tiroler-Comité) hat die Anlage eines neuen Weges am Saume des gegen Leopoldsdrahe zuführenden Waldes beschloffen, welcher demnächst zur Ausführung kommen wird. Es wird damit ein schöner Aussichtspunkt auf der Anhöhe und eine neue schattige Promenade in dem Tirolerwald, wohin der Weg weiter abzweigen soll, gewonnen werden.

— (Die philharmonische Gesellschaft in Laibach) schloß ihre Saison 1881/82 am 4. d. M. mit einem großen Concerte ab. Unter Nedved's tüchtiger Leitung executirte das stark besetzte Orchester Beethoven's 7. Symphonie, dem Geiste des unsterblichen Compositors vollkommen entsprechend. Claviermeister Herr Zöhner bewährte beim Vortrage des Rubinstein'schen D-moll-Concertes seine bekannte Virtuosität und Opernsänger Herr Friedrich Erl (Tenor) würzte den amüsanten Musikabend mit gefühl- und ausdrucksvoll zu Gehör gebrachten Gesangsstücken. Die zahlreich versammelt gewesene Zuhörerschaft spendete nach jeder Programmnummer wohlverdienten stürmischen Beifall.

— (Landschaftliches Theater.) Die Grazer Kinderkomödien-Gesellschaft unter Leitung des Directors G. Löcs gastirt am 15., 16. und 17. April in unserem Theater. Zur Aufführung gelangen drei Zaubermärchen: 1. „Vater Ruprecht und die feindlichen Brüder“, 2. „Robinson Crusoe“, 3. „Klein Däumling oder Goldelse und der verkaufte Prinz.“ Diese Vorstellungen werden seit Jahren in allen Grazer Journalen als höchst interessant für Groß und Klein geschildert und erfreuen sich in Graz großer Beliebtheit. Der Besuch dieser außergewöhnlichen Gastvorstellungen, deren nur drei stattfinden werden, wird gewiß auch bei uns ein recht lebhafter sein. — Die deutsche Bühnenschloß am Vorabende des Palmsonntages mit dem Strauß'schen „Lustigen Krieg“ die Saison 1881/2 ab. Die Theaterdirection Mondheim-Schreiner wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß anerkannt gute Operetten der Theatercasse reichlichen Ertrag zuführen. — Wir werden ersucht, als Ergänzung der in unserer letzten Nummer gebrachten Notiz über die am 11. und 12. d. M. zum Besten des hiesigen Kinderspitales stattfindenden Theatervorstellungen bekannt zu geben, daß zu diesen Vorstellungen auch Studenten-Eintrittskarten zu 30 kr. ausgegeben werden.

— (Krainische Baugesellschaft.) Am 28. d. M., Nachmittags um 5 Uhr, findet in Laibach (im Hotel „zur Stadt Wien“) die achte ordentliche Generalversammlung der Actionäre der krainischen Baugesellschaft statt.

— (Eine große Feuersbrunst) fand am 10. d. M. im Orte Sinowitz bei Soberschnitz, Bezirk Gottschee, statt; neun Wohn- und zwei Wirtschaftsbauwerke wurden ein Raub der Flammen.

— (Ein wuthverdächtiger Hund) wurde am 4. d. M. in Krainburg erschossen. Die Stadtgemeinde-Vorstehung verfügte die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln.

— (Rudolfsbahn.) In Villach traf aus Wien die Nachricht ein, daß Villach als der zukünftige Sitz des Oberbetriebsamtes der Rudolfsbahn für die steirische und kärntische Linie bezeichnet sei.

— (Von der Südbahn.) Die zwischen Wien und Triest verkehrenden Schnellzüge werden in nächster Zeit mit größerer Geschwindigkeit fahren. Die Betriebsdirection hat neue Eilzugsmaschinen mit größeren Triebädern bestellt und mit Rücksicht auf die Nachstunden und den Umstand, daß dieser Zug

vorwiegend von Reisenden auf größeren Strecken und im Anschlußverkehre über Nabresina nach Italien benützt werden wird, auch eigene Schlafwagen erbauen lassen.

— (Für das Anastasius Grün-Denkmal), welches in Graz errichtet werden soll, spendete Frau Gräfin Gisela Welfersheimb den namhaften Betrag von 500 fl.

— (Der Gaturntag) für die Provinzen Steiermark, Kärnten, Krain und das Küstenland findet im Juni l. J. in Graz statt.

— (Entrichtung von Zollgebühren.) Die „Wiener Ztg.“ bringt eine Finanzministerialverordnung, womit für den Monat April 1882 festgesetzt wird, daß in denjenigen Fällen, in welchen bei Zahlung von Zöllen und Nebengebühren, dann bei Sicherstellung von Zöllen statt des Goldes Silbermünzen zur Verwendung kommen, ein Aufgeld von 19½ Percent in Silber zu entrichten ist.

— (Gegen die Reblaus.) Die Grazer Statthaltereie richtete vor Kurzem an die weinbaureisende Bevölkerung eine Warnung vor dem Einfluge und Bezug fremder Reben und erinnerte an die Ministerialverordnung, welche die Einfuhr von bewurzelten Reben, Schnittlingen, Rebholz, Rebenlaub, Trester, schon gebrauchten Spalieren und Pfählen aus Ungarn und Italien verbietet.

— (Bei der Triester Ausstellung) wird in der Zeit vom 1. August bis 15. November auch das Volkereiwesen der Monarchie vertreten sein. Die Einleitung und Vermittlung der bezüglichen Vorarbeiten, insbesondere die Ertheilung von Auskünften, die Führung der Correspondenz mit den Producenten, Ausstellern, landwirtschaftlichen Corporationen u. s. w. und die etwa erforderliche persönliche Intervention hat für das Gebiet der Alpen- und Karstländer (Tirol mit Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Görz, Istrien, Triest und Dalmatien) kaiserlicher Rath Professor Kaltenegger in Brigen übernommen, an welchen daher Anfragen oder Beteiligungs-Erklärungen unmittelbar gerichtet werden wollen. Ebenso wird sich derselbe demnächst, sobald das Specialprogramm für diese Collectivausstellung festgestellt ist, mit den interessirten Kreisen, sowie mit einzelnen Producenten in's Einvernehmen setzen.

— (Ueber das Erdbeben am 30. v. M. in Rudolfswerth und Umgebung) schreibt uns ein Augenzeuge, der das Erdbeben in Agram im Jahre 1880 mitgemacht hatte, daß es diesem durchaus nichts nachstand. Der Erdstoß trat um 2 Uhr 20 Minuten Nachmittags ein, er war senkrecht zur Erdoberfläche, dauerte durch zwei bis drei Secunden und war von einem so fürchterlichen Getöse begleitet, als wäre eine Salve von mindestens 20 Geschützen unregelmäßig gelöst worden. Dabei bewegte sich der Fichtenwald im nahen Gebirge wie beim heftigsten Ungerwitter und der Berg bei Straza schwankte ebenfalls, so daß es grauenhaft anzusehen war. All' dieses bei heiterem Himmel und ruhiger Luft. Die Erscheinung trat mit besonderer Heftigkeit in der Pfarre Prečna auf, bei St. Bartelmä war keine Spur davon, am Gurkufer bei Weißkirchen war das Erdbeben kaum merkbar. Landstraß und Wötling gingen ganz frei aus, in Seisenberg spürte man einen schwachen Stoß.

— (Haupttreffer.) Der im Jahre 1879 in Villach verstorbene, in der hiesigen Handelswelt bestens bekannte Privatier Vincenz Geldner hat unter anderen hochherzigen Stiftungen in seinem Testamente auch für Studirende der Rechtswissenschaft, insbesondere für Candidaten einer Lehrkanzel für Nationalökonomie ein Stipendium im Betrage von 8000 fl. errichtet. Dieser Stiftung ist bei der letzten Ziehung der Donauregulirungslose der Haupttreffer von 90.000 fl. zugefallen.

Nach Schluß des Blattes.

Unmittelbar vor Abendung der letzten Post nach Schluß des Blattes kommt uns noch der „Slov. Narod“ vom Donnerstag Abend zu. Das Blatt enthält eine solche Summe der rohesten und gemeinsten Ausfälle, wie sie sich auch an dieser Stelle selten beisammen finden. In diesem Augenblicke können wir nur auf einige dieser unqualificirbaren Pöbelhaftigkeiten mit wenigen Zeilen zurückkommen. So wird vor Allem unser hochgeachteter Director der Oberrealschule, Herr Dr. Mrhal, ob seiner von allen Seiten mit Befriedigung begrüßten Candidatur für den Gemeinderath in unbeschreiblich cynischer und infamer Weise angegriffen, obgleich es doch das primitivste Rechts- und Anstandsgefühl verlangen würde, wenn von nationaler Seite ein Beamter candidirt wird, der liberalen Wählerschaft doch das gleiche Befugniß zuzugestehen. An anderer Stelle des Blattes werden wieder gefinnungstüchtige Staatsbeamte, die den Nationalen ein Dorn im Auge sind, der Regierung zur Maßregelung und Degradirung anempfohlen. Gegenüber solchen Frechheiten journalistischer Gassenjungen, wird, daß sind wir gewiß, die einsichtsvolle Bürgerschaft, werden die principientreuen Wähler des Beamtenstandes bei der Abgabe ihrer Wahlzettel die gebührende Antwort zu geben wissen. In der nämlichen scandalösen Nummer des „Slov. Narod“ wird auch das in unserem letzten Blatte enthaltene gewesene Eingefendet des Bürgercomité's, betreffend die angebliche Zurückweisung einer ihm liberalertheilt angetragenen Candidatur durch Herrn Regierungsrath Baron Pascotini, unverschämterweise angezweifelt. Demgegenüber können wir nur neuerdings das fragliche Eingefendet in vollem Umfange aufrecht erhalten und wir können sogar noch beifügen, daß auch Herr Baron Pascotini dasselbe als durchaus der wahren Sachlage entsprechend anerkannt hat.

Eingefendet.

Den Bestrebungen jener Partei gegenüber, welche gegen die Wiederwahl der heuer ausscheidenden Gemeinderathsmittglieder so eifrig und noch dazu mit so unwürdigen Mitteln kämpft, muß doch noch ein bisher nicht genug gewürdigter Umstand erwähnt werden, nämlich jener, daß zufällig unter den ausscheidenden Gemeinderäthen sich in Mehrzahl solche befinden, welche der Stadtvertretung nahezu am längsten angehören, wie die bei den Herren Dr. Suppantitsch, Dr. Suppan, Dr. Schrey, Dr. Reesbacher und Leskovic der Fall ist. Andererseits muß auch das ausscheidende Gemeinderathsmittglied, Herr Josef Ludmann, welcher dormalen das erste Mal zur Wiederwahl gelangen soll, mit Rücksicht auf seine eifrige Thätigkeit in der dreijährigen Periode seines Wirkens und zufolge seiner Erfahrungen in allen Zweigen der Communalverwaltung, namentlich aber in Betreff der Administration des Lotterieleihensfonds als ein hochbewährtes Mitglied des Gemeinderathes bezeichnet werden. Das nationale Wahlcomité müthe nun den Wählern zu, daß sie alle diese Männer, die sich in den Communalgeschäften so gut auskennen, also der Gemeinde durch ihre Erfahrungen die besten Dienste leisten können, fallen lassen und an ihre Stelle Neulinge, die sich bisher nur um den nationalen Sport, aber nicht im Mindesten um

Communalsachen interessirt haben und die auch eines erfahrenen Führers entbehren, setzen sollen. Wir sind überzeugt, daß dieß ein schlechter Tausch wäre und daß derselbe, mag er auch den einseitigen Zwecken einer politischen Partei entsprechen, doch der Stadt unmöglich zum Vortheile gereichen kann. Das Sprichwort „von den neuen Besen, die gut kehren“, läßt sich eben nicht überall anwenden, die Stadt Laibach würde unter den gegebenen Umständen geradezu die unheilvollsten Erfahrungen darüber machen. Neue, unerfahrene Gemeinderäthe und ein neuer, geschäftsunkundiger Bürgermeister mit gebundener nationaler Marschrouten — das kann schön werden!

Mehrere Bürger.

(Popp's Polyklinik.) Mit Bezug auf die im Inseratentheile enthaltene Empfehlung, betreffend die Heilmethode des Herrn J. J. Popp in Heide (Holstein), können wir bestätigen, daß es sich verlohnt, einen Einblick in das vom Verfasser selbst herausgegebene Werk „Ragen- und Darmatorrh“ zu nehmen, umso mehr, als dieses Buch den armen Kranken zur Belehrung auf Wunsch unentgeltlich zugehellt wird. Es enthält eine für jeden Laien leicht verständliche Abhandlung über Unterleibs- und Verdauungsorgane und führt alle in diesen Theilen vorkommenden Krankheitserscheinungen näher an. Die in dem kleinen gediegenen Werke enthaltenen Winke und Rathschläge in Bezug auf Lebensweise und Diät zur Erhaltung der Gesundheit sollte sich nicht nur jeder Leidende, sondern Jeder, dem seine Gesundheit über Alles geht, zu eigen machen. Von den mehr als glänzenden Erfolgen in dem humanen Streben des Herrn Popp zeugen zweifellos die vielen Dankschreiben aus aller Herren Länder, wovon ein Theil in einem Anhange neben dem Hauptwerke enthalten ist.

Wir können nicht umhin, allen Hilfsbedürftigen dieses kleine Buch angelegentlich zu empfehlen; dasselbe verlandet auf Wunsch unentgeltlich J. J. Popp's Polyklinik in Heide (Holstein).

Verstorbene in Laibach.

Am 29. März. Margareth Brajer, Pfundnerin, 84 J., 9 M., Windgasse 6, Marasmus.
Am 30. März. Josef Indof, Eisenbahn-Conducteurssohn, 1 M., Schneidergasse 3, Fraisen. — Anton Starja, Tagelöhner, 27 J., Ruhlthal 11, Tuberculose. — Josef Wertak, Schuster-Geselle, 29 J., Rosengasse 8, Lungenschwindsucht. — Michael Kovic, Inwohner, 1 J. 11 M., Polanastraße 16 (Elisabeth-Kinderhospital), Auszehrung.
Am 31. März. Maria Redvet, Kanzleidieners-Witwe, Castellgasse 2, Altersschwäche.
Am 2. April. Leopoldina Balant, Dienstmanns-Tochter, 2½ J., Rosengasse 3, Lungenschwindsucht. — Marianna Saprok, Schneidersgattin, 72 J., Polanastraße 47, Schlagfluß.
Am 4. April. Eduard Krejci, Kürschners-Sohn, 6 J., Congregplatz 3, Group. — Cyrellia Tomšic, Lehrers-Tochter, 16 J., Rathhausplatz 9.
Im Civilspitale. Am 26. März. Johanna Verbobc, Tagelöhnerin, 30 J., Tuberculosis pulmonum et Hydrops universalis. — Katharina Demsar, Inwohnerin, 60 J., Erschöpfung der Kräfte. — Am 29. März. Helene Lende, Inwohnerin, 70 J., Marasmus senilis. — Johann Eimerman, Inwohner, 54 J., Tuberculosis pulmonum. — Am 30. März. Maria Lauric, Näherin, 21 J., Polanastraße 42 (Spitalspitale), Variola. — Johann Stopar, Tagelöhner, 40 J., und Andreas Bistlar, Schneider, 43 J., beide an Phtisis pulmonum. — Am 31. März. Gertraud Stare, Inwohnerin, 65 J., Erschöpfung der Kräfte. — Am 1. April. Agnes Dolnicar, Inwohnerin, 50 J., Lebercirrhose. — Am 3. April. Franz Jestic, Inwohner, 70 J., Marasmus.

Telegraphischer Cursbericht

am 6. April.
Papier-Rente 75.55. — Silber-Rente 76.25. — Gold-Rente 93.45. — 1860er Staats-Anlehen 129.50. — Bankactien 819. — Creditactien 325.60. — London 120.05. — Silber —. — R. T. Münzducaten 5.67. — 20-Francs-Stücke 9.53.

Einladung.

Mit 1. April l. J. wurde auf das
„Laibacher Wochenblatt“
ein neues Abonnement eröffnet.
Unter Einem werden jene P. T. Abonnenten, welche den Prämumerationsbetrag pro I. Quartal 1882 noch nicht eingezahlt haben, eingeladen, diesen Betrag gefälligst einzusenden an die

Administration
des „Laibacher Wochenblatt“,
Laibach, Herrngasse 12.

F. Müller's
Zeitungs- und Annoncen-
Bureau in Laibach
besorgt honorarfrei Prämumerationen und Annoncen in Wiener, Prager, Triester, Prager u. andere Blätter.

Dr. Pattison's
Gichtwatte
bestes Heilmittel gegen
Gicht u. Rheumatismen
aller Art, als: Gicht, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Fußgicht, Gliederreissen, Rücken- und Lendenweh.
In Paketen zu 70 Kr. und halben zu 40 Kr. bei (747) 12-5
Herrn v. Trnkoczy,
„zur Einhorn-Apotheke“
in
Laibach.

Sichere Hilfe gegen
Keuchhusten.
(Blau- oder Stidhusten.)
Der Keuchhusten, diese bössartige Kinderkrankheit, wird binnen **8 Tagen gründlich geheilt** noch dem vom Geh. Exped.-Amt des k. k. Königl. Bayer. Staatsministeriums des Innern unter Erlaß vom 8. Febr. 1870 bewilligten u. vom k. k. Obermedicinal-Ausschusse München gut befundenen Mittel. Gegen Einfindung von 1 fl. 80 Kr. ö. W. (bei Familien mit mehreren Patienten 3 fl.) mittelst Postanweisung erfolgt umgehende Zusendung.
A. Aehleitner,
Freilassung in Bayern.
(752) 30-5

Durch den k. k. ausschließl. priv.
Haarstärker
werden die **überraschendsten** Erfolge erzielt, denn schon nach zehnmaliger Einnahme der Haare sieht man schon die Wirkung. Mein Haarstärker ist vollkommen giftfrei und das sicher wirkendste Mittel zur Beseitigung der grauen Haare.
K. I. Privilegiums-Inhaberin
D. Fischer,
Atelier für Haarbilder und Haar-
schneiderei.
L. Gabburgergasse 1a,
Wien.
Preis per Flasche fl. 2 mit Postver-
sendung fl. 2.20, Haarwuchs-Essenz
allein fl. 1.
Danksagung:
Ich kann Ihren Haarstärker mit bestem Zeugnis empfehlen, da er bei mir in kurzer Zeit die beste Folge hatte und wofür ich Ihnen sehr dankbar bin. **Christian Herber,** Leder-Galanteriewaaren-Erzeuger, Wien, VII. Bez., Kaiser-
straße Nr. 59. (777) 4-1

Curort
GLEICHENBERG
in Steiermark.
Goldene
Medaille
Paris 1878.
Eine Fahrstunde von der Station Feldbach der Ungar. Westbahn.
Beginn der Saison **1. Mai.**
Beginn der Traubencur Anfang September.
Alkalisch-muriatische und Eisensäuerlinge, Biegenmolte, Milch, Fichtennadel- und Quellschwefelstaubungs-Inhalationen, kohlensäure Bäder, Stahlbäder, Sulfwasserbäder, Fichtennadelbäder, kaltes Vollbad mit Einrichtung zu Kaltwasser-Curen.
Johannisbrunnen bei Gleichenberg.
Vorzüglichstes und gesündestes Erfrischungsgetränk; sein großer Gehalt an freier Kohlensäure, seine zur Förderung der Verdauung genügende Menge von doppelt kohlensaurem Natron und Kochsalz, sowie der Mangel an den Magen beschwerenden Kalkverbindungen machen den **Johannisbrunnen** ganz besonders empfehlenswerth bei **Magen- und Blasenleiden.**
Zu beziehen durch alle größeren Mineralwasser-Handlungen.
Niederlage in Laibach bei Peter Lassnik.
Anfragen und Bestellungen von Wagen, Wohnungen und Mineralwässern bei der **Brunnen-Direction in Gleichenberg.** (790) 10-1

Kaffee
direct aus Hamburg
in bester Qualität, zu vortheilhaften
En gros Preisen von
Carl Fr. Burghardt,
Hamburg.
in Säcken à 5 Stk. per Stk. incl. 100
Kopfen, gegen Nachnahme: 5 Stk.
Mokka, echt arab., hochfein: 5 Stk.
Mokka, vorz. im Geschmack: 5 Stk.
Ceylon Perl, hochfein u. mit
Melange (Schilling), ganz be-
sonders empfehlenswerth: 5 Stk.
Ceylon Plantation, sehr schön
schmeckend: 5 Stk.
Java, goldsch., erlesen: 5 Stk.
Guatemala, fein und erlesen: 4 Stk.
Cuba, blaugrün, erlesen: 4 Stk.
Santos, fein und erlesen: 4 Stk.
Rio, wohlgeschmeckt: 4 Stk.
Thee 1. grade, Assam, pr. No. 1: 1 Stk.
Die lobensw. Anerkennung, worden mit
ih. b. Reichthum n. Lieferung, zu Theil.

Den Damen
in der Provinz
erbieht sich zur Besorgung aller in
das Gebiet der weiblichen Bedürf-
nisse einschlägigen Commissionen,
beziehungsweise zur Vermittlung
mit hiesigen Geschäften Frau
A. Schönkel, Wien, VIII., Led-
tergasse 30 Als Porto für etwaige
Correspondenz sind 20 Kr. in Brief-
marken beizuschließen. (778) 3-1

Das
Damen-Modewaaren-Etablissement
des
ERNST STÖCKL,
Laibach, Congressplatz,
empfeht (792) 3-1
Nouveautés
für die Frühjahrs- und Sommer-Saison.

Ein Terno im Lotto
ist unaussprechlich, wenn man rationell nach den glückbrin-
genden Spiel-Anweisungen des Professors **R. v. Orlicé,**
Westend Berlin, spielt. Wie immer war auch der Monat
März reich an **Terno's,** welche auf die
ertheilten Anweisungen fielen und von welchen wir aus den ver-
schiedenen Gegenden des Reiches die folgenden hervorheben:
Laura Groner, Wien, I., Judenplatz 7.
Gertrud Semlitsch, Witwe, Marburg, Steiermark.
Goldamer, Schlossermeister, Kirchschlag N. D.
Peter Trevera, Göggeny St. Imre, Siebenbürgen.
Anton Kurja, Rakosjen, b. Gr., Sonntag, Steier-
mark.
Joh. Oricz, Magazineur, Rekel, Krain.
Korber, Tagelöhner, Triest, Greta 181.
Maier, Schankwirth, Oberdorf (Kleinbressel
Nr. 50), Ost-Schlesien.
(Wahrheitsbeweis kann erbracht
werden!)
Aufkunft ertheilt bereitwilligst gratis und franco
Professor **R. v. Orlicé,** Schriftsteller der Mathematik,
Westend Berlin. (791)

„Sehr dankbar“
bin ich für die Zusendung der
in Richter's Verlags-Anstalt,
Leipzig, erschienenen Pro-
schüre: „Der Kranken-
freund“, denn ich erlobe
daraus, daß es vielfach selbst
für Schwere Kranke noch
Hilfe gibt, wenn nur die
richtigen Mittel zur
Hand sind. — So ähnlich
lautende Briefe laufen täglich
ein und sollte daher jeder Lei-
dende dieses Schriftchen ohne
Verzug bestellen, um so mehr,
als die Zusendung derselben von
Karl Gorischek, k. k. Uni-
versitäts-Buchhandlung, Wien
I., Stefansplatz 6, kostenfrei
erfolgt. (599)

Das Neueste
in
Frühjahrs-Confection
für Damen
empfeht zu billigsten Preisen (793) 3-1
HUGO FISCHER,
Laibach, Preschernplatz.

Harlander
Strickgarn und Spulenzwirn.
Bei der Wiener und Pariser Welt-
ausstellung mit den höchsten Preisen
ausgezeichnet. (671) 24-16
Allgemein beliebt wegen ihrer vorzüglichen
Qualität, sind zu beziehen durch alle En-
gros- und bedeutenden Detail-
geschäfte der österreichisch-
ungarischen Monarchie.
Fabrikmarke für Strickgarn.
Fabrikmarke für Spulenzwirn.

Wichtig für
LUNGENKRANKE!
Skrophulöse, Bleichsüchtige, Blutarme, Rhachitische und Reconvalescenten-
Anerkennungsschreiben
über die vortreffliche Wirksamkeit des vom Apotheker **Julius Her-
babny in Wien** bereiteten unterphosphorigsauren
Kalk-Eisen-Syrups.
Herrn Julius Herbabny, Apotheker in Wien.
Aerztliches Attest.
Bei meiner vieljährigen und ausgebreiteten Praxis habe ich
unendlich oft Gelegenheit, Ihren **unterphosphorigsauren**
Kalk-Eisen-Syrup in Anwendung zu bringen, und war die
Anwendung desselben stets mit dem besten
Erfolge gekrönt. Bei Lungentuberculose im ersten
Stadium war der Erfolg jederzeit überraschend, bei
Reichsucht ebenfalls; so auch bei Stropheln der
Kinder in kleinen Gaben angewendet, erzielte ich immer die
besten Resultate. Es ist daher dieser unterphosphorigsaure
Kalk-Eisen-Syrup allen denen, welche mit diesen Leiden behaftet sind, mit dem besten
Gewissen wärmstens anzuempfehlen; wer denselben mit Ausdauer gebraucht,
wird sich stets von dem besten Erfolge selbst überzeugen. Indem ich Ihnen
genehmige, diese Zeilen zum Wohle der leidenden Menschheit zu veröffentlichen, zeichne ich
hochachtungsvoll
Alexander Deanino, prakt. Arzt.
Heiligen-Dreifaltigkeit, in W.-Büheln bei Marburg, 14. April 1881.
Preis einer Flasche 1 fl. 25 Kr., per Post 20 Kr. mehr für Packung.
Wir bitten ausdrücklich **Kalk-Eisen-Syrup** von
Julius Herbabny zu verlangen, und auf obige be-
hördl. protokoll. Schutzmarke zu achten, die sich auf jeder
Flasche befinden muß.
Central-Versendungs-Depot für die Provinzen: Wien, Apotheke „zur Barm-
herzigkeit“ des Jul. Herbabny, Neubau, Kaiserstrasse 90.
Depots für Laibach und Umgebung bei Herrn
Julius v. Trnkoczy. (741) 10-7
Für Triest: Carlo Zanetti, Apotheker.



Wunderbar sind die Kräfte der Natur, wenn dieselben richtig benützt werden.
 So kann auch ich andeuten, und erfreut hatte ich Ihnen hiermit von ganzem Herzen meinen innigsten Dank ab, da
Gott sei Dank dafür,
 Ihre Winkelmayr'sche Klettenwurzel-Essenz und Pomade mir Hilfe gebracht hat gegen das Ausfallen und für das neue Wachstum der Haare, und ich wünsche, daß der Welt die Wahrheit bekannt werde.
 P. Kaufmann in Dufka.

Sieben Jahre kahlköpfig und bartlos
 wie ich, als junger Mann von 24 Jahren, brachte mich nahezu zur Verzweiflung. Nach Gebrauch Ihrer wirklich wunderbaren und heilkräftigen Winkelmayr'schen Klettenwurzel-Essenz und Pomade kam ich in kaum zwei Monaten wieder zu einem üppigen Haarwuchs, und auch der Bart, dessen Hervorkommen ich selbst bezweifelte, stellt sich sehr dicht ein. Ich danke dafür Gott und der Heilkraft der Natur; die Ihnen werde ich meinen Dank, da ich nächstens nach Wien komme, mündlich abfragen.
 J. Kandler, Maschinenmeister in Budapest.

Nach Anwendung einiger Flacons Ihrer Winkelmayr'schen Klettenwurzel-Essenz konnte ich meine Perrücke, welche ich bereits ein Jahr getragen habe, wieder weggeben und habe jetzt wieder mehr Haare, wie ich früher je gehabt. Von diesem Resultat kann sich bei mir Jedermann überzeugen.
 J. Wendt,
 Wirthschaftsbesitzer in Neusiedl bei Laa a. d. Thaya, N.-Oe.

Ich habe mir 2 Flacons Ihrer echten Winkelmayr'schen Klettenwurzel-Essenz bringen lassen und bei Anwendung derselben, trotzdem ich kaum 20 Jahre alt bin, einen großen und schönen Bart in wenigen Tagen erhalten. Ich drücke hiermit meinen Dank aus und zeichne
 Laurenz Nagusfer jun. in Krapp (Krain).

Meinen innigsten Dank für Ihre Winkelmayr'sche Klettenwurzel-Essenz, nach deren 1stägigem Gebrauch ich im Besitze eines prächtigen Vollbärtens bin. Ich kann Ihre wunderbaren Erzeugnisse Jedermann auf's Beste empfehlen.
 Josef Berger Ritter von Elg in Wien.

Diese, sowie viele 100 andere Dank- und Anerkennungschriften, welche bei mir im Originale zu Jedermanns Einsicht bereit liegen, machen jede weitere Anpreisung der Winkelmayr'schen Klettenwurzel-Essenz und Pomade überflüssig, denn das Gute lobt sich selbst.

Preise:
 1 Flacon Winkelmayr's Klettenwurzel-Essenz . . . 90 Kr.
 1 Flacon " " Pomade . . . 50 Kr.
 1 Flacon " " Del . . . 40 Kr.

Bei Postversendung (gegen Baareinsendung oder Postnachnahme) 10 Kr. mehr für Verpackung.
Central-Versendungs-Depot:
J. Winkelmayr, Wien, VI., Gumpendorferstraße 159.

Hilfs-Depot Wien: Philipp Reuselin, Apotheker „zum heiligen Leopold“, 1. Plankengasse, Ecke der Spiegelgasse. — In Prag: J. F. R. S. Apotheker am Borzic. — In Brünn: S. G. D. E. Apotheker. — In Klagenfurt: W. I. B. v. Dietrich, Apotheker, Burggasse 371. — Auch in den meisten Apotheken und Parfümerie-Geschäften.
 Nur wird gebeten, um den vielen Fälschungen vorzubeugen, immer **Winkelmayr's** echte Klettenwurzel-Präparate zu verlangen und darauf zu achten, daß auf jedem Flacon die Firma J. Winkelmayr, Wien, VI., Gumpendorferstraße 159, angebracht ist. (612) 12-6

Niederländisch-amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.



Directe u. regelmäßige Postdampfschiffahrt zwischen
Rotterdam Amsterdam New-York.
Comfortable Einrichtung.
Abfahrt
 abwechselnd von Rotterdam und Amsterdam:
 Samstags, von New-York: Mittwochs.
 Passagerepreise ab Rotterdam und Amsterdam:
 1. Cabüte fl. 335. — 2. Cabüte fl. 250. — Zwischendeck fl. 100.
 Nähere Auskunft wegen Güter-Transport und Passage erteilt die **Direction** in Rotterdam, sowie **Arnold Reif, I., Kolowratring 9, Wien, General-Agent für Oesterreich-Ungarn.** (768) 40-3

ANTON PAULY,
 Gegründet 1816,
 kais. k. priv.
Bettwaaren Fabrikant,
 Wien, VIII., Lerchenfelderstraße 36,
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Gattungen Bettwaaren, u. zwar Eisenbetten, Bettelinsätze, Matratzen, abgenähte Bettdecken, Bettwäsche etc., sowie seine große Auswahl von Bettfedern, Flaumen, Dunen und gestopptem Hochhaar.
 Preis-Courante sammt Zeichnungen gratis und franco. (697) 18-9

Schwächenstände des Körpers und des Geistes. Geschlechtliche Auschwüchungen, Exante und daraus entstandene Folgekrankheiten als: Blutarthrit, frontale Pollutionen, Rückenmarksleiden, Zerrüttungen des Nerven-Systems und männliche Impotenz. Dessen rationelle Heilung durch die weltberühmten und unschätzbaren Oberstabsarzt Dr. Müller'schen „Miraculo“-Präparate. (738) 12-2
 Vierte Auflage. Preis 50 Pf. Gegen Einsendung von 70 Pf. in Briefmarken erfolgt franco. Zustellung in Couvert. Depositeur Karl Kreitenbaum, Braunschweig.

Mercantil-, Bau-, Tischler-, Wagner- u. Brennholz-Niederlage
Emil Mühleisen,
 Laibach, Brühl Nr. 27,
 Lärchen, Fichten, Föhren, Eichen, Kiefer, Birn, Eschen, Nüssen, Linden, Erlen, Pappel etc.
 Dachschindeln, Schaufeln und Hammerstiele, Faßbanden, Reifen, Stangen, Speichen.
 Lieferungen in allen Holzgattungen und Dimensionen billigst. (756) 4-3

Nähmaschinen
 aller Systeme:
 Singer, Wheeler & Wilson,
 Howe, Cylinder- und Handnähmaschinen,
M. Bollmann,
 I., Rothenthurmstraße 33,
 die erste und älteste Firma in dieser Branche, gegründet 1861.
 Ausführliche illustrierte Preislisten werden gratis zugesandt. (698) 10-6
 Gebrauchte Maschinen repariert oder umgetauscht.

Anlage- und Speculations-Käufe in allen Combinationen der freien Speculation, Confortien und Prämien vollführt anerkannt reell und discret zu Originalkursen. — an der einzig und allein für Oesterreich-Ungarn maßgebenden **Wiener Börse** das Bankhaus „Leitha“ (Gaimal), Wien, Schottenring 15. Fachgemäße, rasche und erprobte Information, telegr. Vorkauf, Probenummern d. Finanz- u. Verlosungsabtl., „Leitha“, sowie inhaltsreiche Broschüre (sämtl. europ. Vorkaufspläne, Erläuterung der Anlage-, Speculationsarten und Bapiere etc.) franco und gratis. (742)

Radicalcuren
 in noch so veralteten Garteröhren u. Blasenleiden, Geschwüren, Syphilis, Nasens-, Hals- u. Haut-Krankheiten u. Mannschwäche in allen Folgen der Selbstschwächung, Samenflut, Pollutionen, Ueberreizung, Nerven-Krankheiten, welchem Fluß, anderen Damenleiden, Brüchen, Hämorrhoiden leistet schonend mit gewissenhafter Sorgfalt und daher vielfach documentirtem besten Erfolge.
Dr. Gross,
 emeritierter Secundararzt der besten Fachabtheilung des Krankenhauses,
 Wien, Stadt, Seiler-gasse 1, (nächst d. Graben), von 10-5 Uhr und meistens auch brieflich. (576) 50-2

Eingesandt.
 Ich erachte es für meine angenehme Pflicht, Herrn J. J. F. Popp in Heide (Holstein) für die ausgezeichnete Cur hiermit meinen Dank zu sagen. Nachdem ich 4 Jahre hindurch an einem
Magenkatarrh
 litt und verschiedene Aerzte ohne jedes Resultat consultirte, vertraute ich mich endlich der Cur des Herrn Popp an, und bin jetzt nach einer sechswochenlangen Behandlung aller meiner Leiden erkrankt.
 Indem ich dieses einfache Heilverfahren den leidenden Mitmenschen bestens empfehle, sage ich Herrn Popp nochmals meinen herzlichsten Dank.
 Hochachtungsvoll
Cathr. Hagen, Hauseigentümerin.
 Als Zeugen: **Jos. Gimplmayr,** Riemerstraße.
Joh. Pázmán, Korbflechter.
 Budapest, am 26. December 1880,
 Sorokfärerergasse Nr. 58.
 Allen Verdauungsleidenden gibt die Broschüre „Magen- und Darmkatarrh“ zweckmäßige Richte, dieselbe wird auf Wunsch unentgeltlich versandt von J. J. F. Popp's Poliklinik in Heide (Holstein). (779) 3-1

Hektograph, patentirter Vervielfältigungs-Apparat.
 Verbesserte vorzügliche Vervielfältigungs-Masse, wie auch schwarze Vervielfältigungs-Tinte wird bestens empfohlen.
 Die mittelf Hektograph hergestellten Abdrücke werden von den Postanstalten zu dem mäßigsten Portofaße mit andere Drucksorten befördert. (707) 10-9
Brief-, Schriften- und facturen-Ordner.
 Der Ordner ist aus Holz gefertigt und viel praktischer, als die alfabetischen Briefkasten. Preis per Stück von 3 fl. aufwärts. — Alle strikte Preis-courante und hektographirte Abdrücke gratis und franco.
Josef Lewitus,
 Wien, I., Babenbergerstrasse 9.

Haar-Retter.
 Die erste und großartigste, auf wissenschaftlicher Basis gemachte Erfindung ist das vom Haarärzter C. S. Tannert neuentdeckte Präservativ für kahlköpfige, wo noch die geringste Spur von kleinen kaumigen Faserchen vorhanden ist; ferner für diejenigen, welche ihr Haar verliert oder bei und nach bigigen Krankheiten, durch starkes Binden, durch Kopfschweiß, Tragen schwerer oder harter Kopfbedeckungen, durch nervöse, chronische oder rheumatische Kopfleiden verlieren oder zum Theile schon verloren haben.
 Bei gründlicher, radicaler Kur eines kahlköpfigen entwidelt sich das Haar im 5. bis 6. Monat und wird bis zu einem Jahre wieder so kräftig und üppig, wie vor dem Ausfallen. Bei schütterten Haaren aber wo dieselben stark ausgehen, ist bloß ein 3-4monatlicher Gebrauch nothwendig, um einen dichten und festen Haarwuchs wieder zu erlangen.
 Dami dieses außerordentliche, absolut unfehlbare Präservativ in Folge seiner colossal großen Wirkungskraft sich einen Weltreue erwerben und diese Wohlthat von Arm und Reich leicht benützt werden kann, so ist die Anschaffung dessen in Berücksichtigung seines großen Wertes sehr ermäßig.
 1 Flacon sammt Gebrauchsanweisung fl. 1.60; in die Provinz u. das Ausland gegen Nachnahme von fl. 1.80. Für Wien und Umgebung wird daselbe speesenfrei in's Haus gestellt. (761) 10-2
Tannert's Haar-Retter - Hauptdepot:
 Wien, Fünshaus, Turnergasse 7.
Warnung! Im Interesse des P. T. Publikums mache haltiger Haarwuchsmittel für den Haarboden absolut schädlich ist. Der Erfinder des Haar-Retter.

Reden der Reichsraths - Abgeordneten

Sturm und Tomaszczuk

über den Gesetzentwurf

die Aenderung der Reichsraths-Wahlordnung betreffend.

Wien. 1882.

Die Geschichte der

Verfassung des Reiches

von 1806 bis 1871

von dem Verfasser der Geschichte des Reiches

Leipzig 1871

Rede des Abgeordneten Sturm.

Ich bin der Ansicht, daß der vom Wahlreform-Ausschusse vorgelegte Gesetzentwurf den Beginn einer ernstlichen Verfassungsrevision bedeutet, und zwar einen ziemlich viel versprechenden Anfang, eine markante Ankündigung derselben im Sinne der geehrten Majorität.

Nach allen Verfassungen der Welt gehören die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Vertretungskörper und die Regelung des Wahlrechtes zur Verfassung, mögen sie nun in einem Staatsgrundgesetze der Verfassung selbst oder in besondern Wahlgesetzen niedergelegt sein. Ebenso ist dies nach unserem Verfassungsrechte.

Die Zweidrittel-Majorität als Erforderniß zur Beschlußfassung bildet nur einen formellen Schutz, nicht aber ein materielles Erforderniß eines Staatsgrundgesetzes; und in der That sehen wir ja, daß selbst unsere Landtagswahlordnungen mit dem doppelten Schutze einer Zweidrittel-Majorität und einer Dreiviertel-Anwesenheit ausgestattet sind. Wenn dem Reichsrathswahlgesetze vom Jahre 1873 eine ähnliche Schutzwahe nicht sofort mitgegeben wurde, so mag der Grund davon wohl darin liegen, daß man für die nächsten Jahre fortschreitende Verbesserungen der Wahlordnung nicht erschweren wollte. Es ist ja bekannt, daß in den Landtagen in ähnlicher Weise vorgegangen wurde, daß in den Landtagswahlordnungen eine Uebergangsbestimmung enthalten war, welche es ermöglichte, in der ersten sechs-jährigen Landtagswahlperiode mit einfacher Majorität Abänderungen der Landtagswahlordnungen zu beschließen, und es ist bekannt, daß in einigen Ländern zufolge eines von mir und meinen Gesinnungsgenossen heftig bekämpften Beschlusses einer gegnerischen Majorität diese Uebergangsfrist auf weitere sechs Jahre verlängert wurde.

Es mag aber auch ein Grund dieser Unterlassung darin gefunden werden — und ich für meine Person gebe diesen Grund gerne zu — daß die Anhänger der Verfassung, die ungeachtet aller Regierungs- und Systemwechsel stets die Majorität in diesem hohen Hause behauptet haben, damals wohl nicht daran dachten, daß sie diese Majorität einmal unter dem Drucke ganz besonderer Verhältnisse freiwillig aufgeben würden.

Wenn ich nun den vorliegenden Gesetzentwurf nach seinem Inhalte, der so widerspruchsvoll und principienlos ist, politisch charakterisiren oder wenn ich die Form bezeichnen soll, die dieser Gesetzentwurf in der parlamentarischen Legislation darstellt, so müßte ich, da derselbe zwar dem Scheine nach eine fortschrittliche Reform nach unten bringt, in Wirklichkeit aber nach oben eine ganz unglaubliche Reaction (*Sehr richtig! links*), einen ganz unerhörten Rückschritt in sich faßt, sagen, es sei dies ein feudaldemokratischer Gesetzentwurf (*Sehr gut! links*) in centralistisch-föderalistischer Form. (*Sehr gut! und Heiterkeit links*.)

Jene verehrten Herren Abgeordneten, welche die lex Zeithammer vorgeschlagen und unterstützt haben, begannen sowohl die Begründung dieses Gesetzentwurfes, als auch ihre Auseinandersetzungen im Ausschusse, ja selbst noch ihre Ausführungen in dieser Generaldebatte fast durchgehend mit der Erklärung, daß sie auch heute noch die Landtage für berechtigt halten, die Abgeordneten für den Reichsrath zu wählen und daß sie daher die von Seiner Majestät dem Kaiser sanctionirte Einführung der directen Wahlen als einen Verfassungsbruch betrachten müssen. Sie haben sich zwar nach dieser Erklärung sofort mit einer anmuthigen Wendung auf den factischen Boden der gegebenen Verhältnisse gestellt, und eine ähnliche findet sich sogar auch in dem Berichte der Ausschuss-Majorität. Allein damit betreten die verehrten Herren einen Standpunkt,

welcher dadurch charakterisirt werden muß, daß sie auch heute noch die Rechte der Staatsgrundgesetze für sich in Anspruch nehmen, die Pflichten gegen dieselben, die Pflichten der Anerkennung jedoch nicht auf sich nehmen wollen (*Sehr gut! links*), das heißt mit noch anderen Worten, die verehrten Herren wollen sich heute der Formen unserer Verfassung bemächtigen, um, wenn auch nur schrittweise und in kleinen Dosen nach und nach deren Geist und Inhalt zu beseitigen. (*Sehr richtig! links*.)

Wir erinnern uns ja eines gewissen Schulberichtes, in welchem ausgeführt wurde, die vom Ausschusse vorgeschlagenen Aenderungen gehören in die Competenz der Landtage, allein da wir nun einmal hier beisammen seien, möge der Reichsrath inzwischen an Stelle der Landtage beschließen. Ja, durch wiederholte Revisionen der Wahlordnung mit einfacher Majorität kann man ja auch zu einer Zweidrittel-Majorität gelangen. Der Herr Ministerpräsident hat uns unlängst ernt geizigt, mit Consequenz lasse sich sehr viel erreichen. (*Sehr gut! Heiterkeit links*.)

Berkungen ist nun die sanfte Melodie jener Friedenschalmel, die uns aus der nach allem seitdem Erlebten wie ein Märchen hinter uns liegenden Adressdebatte noch in Erinnerung ist und die damaligen Ausführungen aller Herren Redner von der anderen (*rechten*) Seite und auch jene der Regierung dahin durchzog, daß in dieser neuen glücklichen Aera der Beröhung von Verfassungsfragen nicht die Rede sein solle, sondern nur von fruchtbarer wirtschaftlicher Thätigkeit und weiser Ausnützung der Zeit. (*Sehr gut! und Heiterkeit links*.) Es wurde zwar auch diesmal mit Worten verübert, man denke nicht an eine Verfassungsrevision, allein dies können wir wohl nur in dem Sinne verstehen, daß die geehrten Herren eben nichts beschließen wollen, was auch uns recht sein könnte und daher unsere Mitwirkung für die Verfassungsrevision und Wahlreform durchaus nicht in Anspruch zu nehmen gedenken.

Diesen Versicherungen widersprechen jedoch die Aeußerungen aller Redner der anderen (*rechten*) Seite des Hauses, fast jeder hat sich dagegen verwahrt, daß es mit diesem Gesetze abgethan sein solle, Jeder hat erklärt, es müsse noch sehr viel geschehen und geändert werden, und der hochwürdige Redner, den wir mitunter sehr gerne als einen Abraham a Sancta Clara hören, wie er uns unsere Unthaten vorrückt, hat uns gesagt: Nichtens müssen wir den Krieg gegen die Handelskammern beginnen, und er hat mit den vielsagenden Worten geschlossen: Mit kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf. (*Heiterkeit links*.)

Noch weiter und wie gewöhnlich am weitesten ist der verehrte Herr Abgeordnete für die Prager Reuistart *) gegangen, welcher geradezu erklärt hat, daß die Wahlordnungen fortan „der gegenwärtigen Sachlage und dem gegenwärtigen Programme der Monarchie — und hoffentlich auch der Dynastie — entsprechend eingerichtet werden müssen“. Eine Regierung und deren Programm scheint dem verehrten Herrn Abgeordneten ganz überflüssig zu sein. (*Heiterkeit links*.)

Der verehrte Herr Abgeordnete hat sich aber auch weiter darüber beklagt, daß er und seine Gesinnungsgenossen die Februerverfassung nicht gemacht haben, ja nicht einmal vom Vater der Februarverfassung zu Gebatte gebeten wurden. Ich werde dem verehrten Herrn Abgeordneten auf diesem Wege der Hereinziehung der allerhöchsten Dynastie und des Vaters der Februarverfassung in unsere Debatte nicht folgen, ich kann ihn aber versichern, daß wir Deutsche auf dieser (*linken*) Seite des Hauses dem Vater der Februarverfassung stets ein dankbares und ehrfurchtvolles Andenken bewahren. (*Beifall links*.)

*) Dr. Rieger.

Ich möchte ihn auch daran erinnern, daß ja der Vater der Februarverfassung auch die Deutschen nicht zu Gevatter gebeten hat, wenn ich schon bei diesem Ausdruck bleiben soll, sondern daß er alle Völker zu Gevatter gebeten hat. Wir Deutsche halten eben noch immer an jenen Grundsätzen der Februarverfassung für die österreichische Reichshälfte fest, welche die geschichtlich begründete Stellung der Deutschen in Oesterreich als eine Forderung des Staatswohles erkennen. (*Sehr gut! links.*) Wir haben aber für die Hoffnung, daß an diesen Grundsätzen auch ferner festgehalten oder doch wieder zu denselben zurückgekehrt werden wird, eine noch gesetzlich geltende und sehr feierliche Versicherung in dem Artikel 6 des Februarpatentes, in welchem der Schlußsatz lautet (*hiast:*) „Wir erklären hiemit den festen Entschluß, diese Grundgesetze mit aller unserer kaiserlichen Macht gegen jeden Angriff zu schirmen und darauf zu sehen, daß sie von Jedermann befolgt und gehalten werden.“

Ich glaube daher, mit der Hoffnung des verehrten Herrn Abgeordneten für die Prager Neustadt, daß sofort alle Wahlordnungen im Sinne des gegenwärtigen, d. h. sein es gegenwärtigen Programmes der Monarchie revidirt werden müssen, dürfte es doch noch eine geraume Zeit dauern. Wenn ich sage, wir Deutsche, so gebrauche ich eine Benennung, die Sie von der andern (*rechten*) Seite des hohen Hauses, meine Herren, uns immer geben, die Sie uns aber auch immer sowie jede andere Benennung, liberal, verfassungstreu oder wie wir heißen wollen, bestreiten, wenn wir sie für uns in Anspruch nehmen. Ich sage, wenn ich von Deutschen spreche, so spreche ich nicht nur von den Abgeordneten deutschen Stammes, welche den größten Theil dieser Bänke füllen, sondern ich spreche auch von jenen Abgeordneten anderer Stämme, die sich mit uns verbunden haben, veranlaßt durch die allgemein empfundenen Verfassungen, denen die geschichtlich begründete und von den Existenzbedingungen des Staates unzertrennliche Stellung der Deutschen ausgeht, und in der Erkenntniß, daß die gegenwärtige Regierungspolitik die staatseinheitlichen, freiheitlichen, culturellen Institutionen und die nationalen Interessen der Deutschen, sowie die der anderen Volksstämme, welche in Verbindung mit den Deutschen freiheitlichen culturellen Fortschritt anstreben, gefährdet, zum Schutze dieser bedrohten staatlichen Interessen und zunächst zur Bekämpfung der gegenwärtigen Regierungspolitik.“ . . .

Nun überlasse ich es der unbefangenen Beurtheilung, ob Sie in unseren gegenwärtigen Gesetzen oder in dem vorliegenden Gesetzentwurf und den denselben begleitenden Enunciationen mehr Parteilichkeit und schärferes Hervortreten der Parteilichkeiten finden wollen.

Ich glaube, daß der allgemein gehörte Vorwurf, unsere gegenwärtigen Verfassungsgesetze seien parteilich, wohl nur dem strategischen Bestreben entspringen ist, die Defensiv mit der Offensiv zu eröffnen.

Denn für meine Anschauung, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf ein Parteilichentwurf im Sinne der verehrten Majorität ist, habe ich ja einen classischen und gewiß bei Ihnen allen unverdächtigen Zeugen. Ein hochverehrter Abgeordneter aus Galizien hat sofort in der ersten Sitzung des Wahlreformausschusses als die verschiedenen demselben zugewiesenen Anträge zur Sprache kamen, gesagt: darüber muß ich mich orientiren, denn ich kann eine Wahlreform nur vom Parteilichstandpunkte betrachten und prüfen. (*Hört! links.*) Ich finde das richtig und begreiflich; aber ich möchte die übrigen Herren von der Majorität bitten, ebenso offenhertzig zu sein. (*Sehr gut! links.*)

Ich kann daher auch den vorliegenden Gesetzentwurf trotz seiner widerspruchsvollen und principienlosen Bestimmungen vom Standpunkte des Parteilich-Interesses begreifen, aber auch nur von diesem Standpunkte: und wenn ich von diesem Standpunkte aus nach dem Zwecke des Gesetzentwurfes frage, kann ich diesen Zweck nur in dem Bestreben finden, durch die Theilung des böhmischen

Größgrundbesitzes die Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus für immer in die Minorität zu versetzen und außerdem in den Alpenländern, in Böhmen, in Mähren und Schlesien vielleicht den Deutschliberalen einige Mandate abzunehmen. (*So ist es! links.*) Das ist so einfach und klar, daß ist so richtig und wahr, daß, ganz abgesehen von der formellen Verfassungsfrage, unser deutsches Volk dies längst erkannt und ausgesprochen hat, ohne durch entgegengesetzte Versicherungen geblendet zu werden und ohne etwa plötzlich den verehrten Redner aus dem böhmischen Großgrundbesitz oder für die Salzburger Landgemeinden als Liberale zu verkettern. (*Heiterkeit links.*)

Wenn übrigens noch ein Zweifel darüber gestattet wäre, daß der vorliegende Gesetzentwurf nur im Parteilichinteresse verfaßt und eingebracht wurde, so müßte selbst der verstockteste Zweifler durch die Betrachtung der Vorgänge belehrt werden, die sich im Ausschusse abgespielt haben. Der hochverehrte Berichterstatter der Minorität hat diese Vorgänge in einer so ausgezeichneten und gewiß muster-gültigen Darstellung ausgeführt, daß mir zur Ergänzung nur sehr wenig zu sagen übrig bleibt.

Der verehrte Herr Abgeordnete für die Salzburger Landgemeinden*) hat sich, um zu beweisen, wie ernst und liberal sein Wahlreformauftrag gemeint ist, und daß dieser Antrag nicht etwa bloß ein Aufspitz, wie er sagte, für ein erst später erscheinendes Kindelein, nicht die Kindeleinwäsche für dieses, sondern ein wirkliches lebendiges Kindelein gewesen sei, darauf berufen, daß dieser Antrag schon am 28. Jänner 1881 eingebracht wurde, während die *lex Zeithammer* erst im Mai 1881 vorgeschlagen worden ist. Das ist richtig! Allein, wenn der Herr Abgeordnete diesen Antrag wirklich für sein eigenes und lebendiges Kindelein gehalten hat, so hat er diesen Antrag als ein rechter Rabenvater behandelt. (*Heiterkeit links.*) Denn nicht nur, daß er es zugelassen hat, daß vom 10. März 1881 bis 25. Jänner 1882 gar keine Sitzung stattgefunden, sondern er hat auch über die nicht von uns — denn in der ersten Sitzung hatten wir noch nicht das Wort ergriffen — sondern von den geehrten Herren der Majorität geäußerten zahlreichen Bedenken gegen den ursprünglichen Antrag, welcher dem Antrage des Abgeordneten für die Josefstadt ziemlich ähnlich war, sich sofort bereit erklärt, zurückzuweichen und auf den Census von 5 fl. einzugehen. Aber auch dies wurde damals noch allseitig als bedenkllich erklärt und beanstandet. Nun wird der hochverehrte Herr Abgeordnete für die Salzburger Landgemeinden in die Lage kommen, über den Antrag des Abgeordneten für die Josefstadt, der ja seinem ursprünglichen Antrage zum Verwechseln ähnlich ist, zur Tagesordnung überzugehen. (*Sehr gut! und Heiterkeit links.*)

Allein selbst der Antrag, den er dann mit Beschränkung auf den Census von 5 fl. eingebracht hat, fand im Wahlreformausschusse von Seite der Majorität eine höchst abfällige Beurtheilung und namentlich wurde hervorgehoben, daß man unmöglich über einen solchen Antrag beschließen könne, ohne die nöthigen Daten zu besitzen und die Aeußerung der Regierung gehört zu haben. Der Wahlreformausschuß, der sich vom 10. März 1881 bis zum Jänner 1882 Ruhe gegönnt hatte, trat überhaupt erst zusammen, als das Gerücht entstand, daß bei der bevorstehenden Ergänzungswahl im böhmischen Großgrundbesitz das Compromiß nicht mehr gelten soll. Um nun den Herrn Ministerpräsidenten sowohl über die vorliegenden Anträge des Herrn Abgeordneten für die Salzburger Landgemeinden und des Abgeordneten für die Josefstadt, als über die *lex Zeithammer* zu vernehmen, wurden einige Versuche gemacht, denselben in den Ausschuß einzuladen und es gelang auch wirklich, am 11. Februar den Herrn Ministerpräsidenten im Ausschusse zu begrüßen. (*Heiterkeit links.*) Damals erklärte

*) Kleinbäcker.

sich der verehrte Herr Ministerpräsident zwar für die lox Zeit ha m m e r, aber bezüglich der übrigen Anträge lautete sein Urtheil hoffnungslos für die Antragsteller. Ueber den Antrag Kronawetter sagte er — ich habe mir selbst Notizen gemacht — „da werden alle Principien auf den Kopf gestellt“ (*Heiterkeit links*); und über den Antrag Dienbacher sagte er: „auch dieser geht sehr weit und die Regierung hat gar keine Daten, kann sich daher darüber nicht schlüssig machen.“ Nachdem sich der Herr Ministerpräsident damals die Anträge, die er nicht mehr im Gedächtniß zu haben erklärte, weil es schon lange war, daß sie eingebracht wurden, hatte vorlesen lassen (*Heiterkeit links*), hat er in dieser Weise sich über die Anträge ausgesprochen. . . .

Widriglich, am 6. März, überraschte uns der verehrte Antragsteller mit dem neuerlichen Vorschlage auf die Wahlberechtigung der Fünfguldenmänner und erklärte, es seien zwar auch bis jetzt keine Daten eingelaufen, aber so viel stehe fest, daß für Galizien, Dalmatien und Sitrien dieser Antrag gar keine wesentliche Bedeutung habe, sondern nur für die weislichen Länder. (*Heiterkeit links*.) Auf das hin wurde im Principe beschlossen, das Wahlrecht der Fünfguldenmänner zu acceptiren und die Regierung um Lieferung irgendwelcher Daten anzufragen, und die Regierung hat auch wirklich bis 10. März im telegraphischen Wege von einigen großen Städten Daten eingeholt, die dem hohen Hause nach Erstattung des Berichtes vorgelegt wurden, aus welchen wohl nicht viel, aber doch etwas zu ersehen ist. Nun muß ich mir erlauben, auf eine Zwischengeschichte zu kommen, um den verehrten Herren zu zeigen, für welchen Antrag und Beschluß dieser Antrag der Fünfguldenmänner von der Majorität des Ausschusses substituirt und eingeschaltet wurde. Wir haben nämlich im Ausschusse öfter erlebt, daß gefasste Beschlüsse sofort wieder aufgehoben wurden, daß abgelehnte Anträge sofort wieder angenommen wurden und daß wir Minoritätsmitglieder gewissermaßen nur ad audiendum verbum im Ausschusse saßen (*Sehr gut! links*) und beispielsweise am 10. März schon Nachmittags um drei Uhr in den hiesigen Abendblättern Telegramme aus Prag lasen, welche uns verkündeten, was der Ausschuss am Abende in der Sitzung, in die wir uns zu begeben hatten, beschließen werde. (*Sehr gut! links*.) So war es bezüglich der Zuschläge, so war es bezüglich des bürgerlichen Besitzes. Trotzdem haben wir bis zu Ende ausgeharrt, und ich glaube, selbst Seine Durchlaucht der verehrte Fürst Czartoryski, der dies Alles als Mitglied des Ausschusses mit angesehen hat, kann sich jetzt nicht mehr wundern, daß man bloß von einer „deutschen Geduld“ spricht. (*Sehr gut! links*.) . . .

Ich glaube, daß wir mit Recht behaupten können, daß der Antrag der Majorität hauptsächlich nach der Aenderung zu beurtheilen ist, welche in der Ausübung des Wahlrechtes des böhmischen Großgrundbesitzes stattfinden soll. Und nur, um den Herrn Abgeordneten für die Salzburger Landgemeinden nochmals aufmerksam zu machen, wie flüchtig und mangelhaft selbst bei ihm die Vorbereitung für die gegenwärtige Generaldebatte war, kehre ich auf einen Augenblick zu jener Darstellung zurück, die er uns über die Wahlreformdebatte im Jahre 1873 gegeben hat. Um zu zeigen, daß auch damals die Sache überhastet und in höchster Eile beschlossen wurde, und gar keine Zeit zur Ueberlegung und Debatte gewesen sei, hat er uns gesagt, als ob er das stenographische Protokoll vorlesen würde (*liest*): „Der Herr Präsident fragte: Wünscht Jemand das Wort? Allgemeines Schweigen!“ (*Heiterkeit rechts*.) Der Herr Präsident constatirte, daß Niemand zu sprechen wünscht, provocirte keinen Beschluß, daß in die Specialdebatte einzugehen sei, sondern er erklärte nur, „es werde nun in die Specialdebatte eingegangen.“ In letzterer Beziehung ist es wohl entschuldbar, wenn der Herr Abgeordnete die damalige Geschäftsordnung des Hauses vom Jahre 1868 nicht gekannt

(*Sehr gut! links*) und nicht nachgelesen hat, wonach am Schlusse der allgemeinen Debatte eine Abstimmung nur insoferne stattfand, als ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung oder auf Vertagung vorlag. Ueber das Eingehen in die Specialdebatte wird erst seit der neuen Geschäftsordnung vom Jahre 1875 abgestimmt. Darin lag also kein Verschulden des damaligen Herrn Präsidenten.

Aber auch die damalige Debatte spielte sich in Wahrheit ganz anders ab, als der Herr Abgeordnete für die Salzburger Landgemeinden uns gleichsam vorgelesen hat. (*Hört! Hört! links*.) Denn hier finde ich auf Seite 1325 der 67. Sitzung, der VII. Session am 6. März 1873 (*liest*): „Präsident: Ich eröffne die Generaldebatte. Zum Worte haben sich gemeldet, und zwar gegen die Anträge des Verfassungsausschusses die Abgeordneten Dr. Ritter v. Grocholski, Cerne und Graf Bossi-Fedrigotti. (*Hört! Hört! links*.) Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Grocholski das Wort.“ (*Lebhafte Heiterkeit links*.) Damals erklärte bekanntlich der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Grocholski, daß er an der Beschlußfassung dieses Gesetzes, welches er für eine Verletzung der Verfassung halte, mit seinen Gesinnungsgenossen nicht theilnehmen könne, und verließ mit diesen das Haus.

Daselbe erklärte der Herr Abgeordnete Cerne aus Görz, und verließ mit seinen Gesinnungsgenossen gleichfalls das Haus. Nur Graf Bossi-Fedrigotti blieb von der rechten Seite des Hauses allein zurück und erklärte, daß er sich nicht für berechtigt halten könne, seinen Platz zu verlassen, auf welchem er die Angelobung seiner Pflichten ausgesprochen.

So spielte sich damals die Debatte ab; aber nicht so wie uns hier vorgelesen wurde.

Was nun die Anträge der Majorität des Ausschusses bezüglich des böhmischen Großgrundbesitzes betrifft, so ist — glaube ich — auch Niemand von der rechten Seite des Hauses in der Generaldebatte mit der Behauptung aufgetreten, daß diese Anträge „liberal“ sind. (*Heiterkeit links*.) Allein man hat doch am Schlusse seiner Ausführungen ziemlich hochtönend gesprochen und der verehrte Herr Abgeordnete für die Prager Neustadt, der im Beginne seiner Reden vor unseren Phrasen warnte, der schloß diese Rede mit den Worten: „Nehmen sie an diese Wahlreform im Sinne der Freiheit und Gerechtigkeit.“ (*Gelächter links*.)

Ich nehme an, daß das Wort „Freiheit“ sich auf die Fünfguldenmänner bezieht, aber das Wort „Gerechtigkeit“ müßte sich doch wenigstens auch auf den Großgrundbesitz anwenden lassen. (*Sehr gut! links*.) Nun will man diese Gerechtigkeit daher ableiten, daß man sagt: ja, das ist ein Schutz der Minorität, und damit spricht man etwas aus, was gar nicht in den Anträgen des Ausschusses begründet ist, was durch die Anträge des Ausschusses geradezu ausgeschlossen ist. Man spricht es mit einer Unklarheit aus, wie sie dem verehrten Herrn Abgeordneten für die Salzburger Landgemeinden im Ausschusse gleichfalls untergekommen ist, als er gesagt hat, er spreche für diesen Antrag zum Schutze der Minorität und er wäre dafür, daß in jedem Wahlbezirke nur Ein Abgeordneter gewählt werde. Auf meine Frage, wie bei der Wahl eines einzigen Abgeordneten die Minorität geschützt werden solle, blieb er mir die Antwort allerdings schuldig.

Die Geltung der Majorität ist ja ein parlamentarisches Princip, und schützen Sie, meine Herren, hier im Hause unsere Minorität? (*Sehr gut! links*.) Sie haben uns allerdings in Ihre Ausschüsse aufgenommen nicht in der uns entsprechenden aber in einer erklecklichen Anzahl. Ich erkenne das an, ich beklage mich darüber nicht, im Gegentheil, ich würde Ihnen einen Vorwurf daraus machen, wenn Sie uns in einem einzigen Ausschusse die Majorität einräumen würden. Wir machen keinen Anspruch auf ihren Schutz.

Haben Sie denn nicht die größten, weittragendsten, wichtigsten Beschlüsse mit einer Majorität von bloß zwei,

drei bis vier Stimmen gefaßt? (*Sehr gut! links.*) Haben Sie nicht bei sehr wichtigen und entscheidenden Angelegenheiten gar nicht die Majorität gehabt? (*Sehr gut! links.*) Und doch behaupten Sie Ihre Majorität, und doch fällt Ihnen nicht ein, an den Schutz der Minorität zu denken! „Schutz der Minorität“ ist ein Princip, welches unter ganz anderen Verhältnissen und Bedingungen ein freisinniges genannt werden kann, als unter den hier vorgeschlagenen. In Ländern, die national ziemlich gleich sind und nur politische Unterschiede in ihrer Bevölkerung aufweisen und die das sogenannte scrutin de liste haben, gerade jenes, das Sie jetzt im böhmischen Großgrundbesitz abschaffen wollen, sieht man den Schutz der Minorität dadurch vor, daß, wenn eine gewisse Stimmenanzahl sich auf einen Candidaten vereinigt, dieser Candidat neben dem Candidaten der Majorität als gewählt erscheint. Das ist aber immer die Minorität, welche diesen Schutz genießt. Hier aber soll die Minorität der Abgeordneten des böhmischen Großgrundbesitzes, wie sie heute in dem Hause sitzt, zur Majorität werden nach dem Antrage Zeithammer. Ist das auch ein Schutz der Minorität?

Die Theilung zwischen dem Allod- und Fideicommissbesitz erklärt man als etwas ja immer Dagewesenes, von der Regierung Proponirtes, in den Landtags-Wahlordnungen Festgehaltenes, ganz Selbstverständliches und Natürliches und der verehrte Herr Redner aus dem böhmischen Großgrundbesitz hat uns vorgeworfen, daß wir im Jahre 1873 in unerhöhter Weise die Bestimmung getroffen haben, daß 23 Abgeordnete des böhmischen Großgrundbesitzes durch einen Wahlact gewählt werden.

Ja, meine verehrten Herren, war denn das früher anders? Wählt denn nicht heute noch der Großgrundbesitz für den Landtag in einem Wahlact 45 Abgeordnete und hat nicht früher nach der Landesordnung vom Jahre 1861 der ganze Landtag aus dem ganzen Großgrundbesitz ohne Theilung in fideicommissarischem und Allodialgroßgrundbesitz seine Abgeordneten in der Zahl von 15 für den Reichsrath gewählt? Es hat ja für die Reichsrathswahl diese Theilung gar nie bestanden und, was das Merkwürdigste ist, meine verehrten Herren, ist, daß, wie ich erst aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten der Prager Neustadt entnommen habe, sogar der Regierungsentwurf, den Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident vor zwei Jahren im böhmischen Landtage für die Landtagswahlen eingebracht hat — sage für die Landtagswahlen — die Theilung des Großgrundbesitzes, die Unterscheidung zwischen Fideicommiss und Allod noch gar nicht kannte.

Ich will mich über die Bedeutung des Großgrundbesitzes für die Entwicklung unserer constitutionellen Zustände nicht des Weiteren auslassen, es ist darüber viel gesagt worden; allein, ich möchte nur Eines sagen: Unsere Erfahrungen aus dem Reichsrathe, und namentlich noch mehr aus den Landtagen, haben gezeigt, daß wir, wenn auch mitunter, wie sehr richtig hervorgehoben wurde, von dem Großgrundbesitz zurückgedrängt oder retardirt, doch mit dem Großgrundbesitz in allen Fragen der Einheit des Reiches, der Aufrechterhaltung der Verfassung und ihrer freiheitlichen Institutionen stets Hand in Hand gehen konnten.

Wenn man von der Anschauung ausgeht, die der Herr Abgeordnete der Prager Neustadt geäußert hat, daß diese Theilung nichts anderes bedeutet, als den ehemaligen Herren- und Ritterstand, ja da steht man auf dem Standpunkte der Rückbildung der Interessenvertretung in die Ständevertretung und mit einem solchen Standpunkte läßt sich nicht rechten. (*Sehr gut! links.*)

Entgegenkommender war sogar der verehrte Redner aus dem böhmischen Großgrundbesitz. Dieser hat zwar auch von der Aristokratie und ihrer Stellung gesprochen, aber hinzugefügt, er meine darunter die Bodenaristokratie, nicht allein die adeligen, sondern eben alle Großgrundbesitzer. Ich bin ihm für diese Erklärung dankbar; denn bei seinem aus-

gesprochenen Bestreben, im Volke zu wurzeln und zu wirken, wäre es nicht gerathen gewesen, an die Herrschaft der Geburtsaristokratie zu erinnern oder an dieselbe wieder anzuknüpfen.

Meine Herren! Thun Sie nichts, um die Vorliebe der Bürger, die begründete und berechnete Vorliebe, die mitunter unser bürgerliches Publicum ohnehin für den österreichischen Adel hat, zu untergraben. So oft der Adel der Geburt sich mit dem Adel der Gesinnung eint, so oft ein Hochadeliger in unseren Reihen für die Principien der Freiheit und des Fortschrittes eintritt (*sehr richtig! links*), so räumt ihm jeder Bürger gerne den Vorrang ein, daß er vor ihm Verurtheile Familientraditionen bekämpfen und überwinden mußte und wir schätzen einen solchen Mann in unserer Mitte immer doppelt hoch. (*Sehr gut! links.*)

Ich möchte daher nicht, daß diese gute Meinung erschüttert wird durch einen Antrag, der — ich muß es sagen — im Jahre 1882 nahezu unbegreiflich erscheint, durch einen Antrag, durch welchen Sie fast fünf Dritttheile im österreichischen Abgeordnetenhaus schaffen wollen, Dritttheile aus einer kleinen Gruppe von Wahlberechtigten, die, wie schon nachgewiesen wurde, ohnehin fast alle als erbliche und daher als selbst- und eigenberechtigte Mitglieder im Herrenhause sitzen. Ja mir scheint, daß der verehrte Herr Ministerpräsident schon bei den letzten Parischüssen seine Noth gehabt haben wird (*Heiterkeit links*), geeignete Fideicommissbesitzer vorzuschlagen, denn nach den mir gewordenen Mittheilungen vermißt man ungeachtet des in dieser Beziehung sehr klaren Wortlautes der §§. 3 und 4 des Grundgesetzes über die Reichsvertretungen bei manchen erblichen Mitgliedern jeden hervorragenden Besitz und bei manchen lebenslänglichen Mitgliedern jedes hervorragende und wenigstens bekannte Verdienst. (*Lebhafte Heiterkeit links.*) Wenn daher die Fideicommissbesitzer ohnehin nahezu Alle im Herrenhause sind, weshalb besteht dann noch eine Nothwendigkeit, für den Glanz ihrer Familien und Namen im Abgeordnetenhaus Sorge zu tragen?

Im Landtage ist das Einammersystem; dort ist es berechtigt, daß der Fideicommissbesitz besonders wählt, und gerade dort wollte die Regierungsvorlage vor zwei Jahren diese Sonderberechtigung abschaffen. (*Sehr gut! links.*) Aber hier im Abgeordnetenhaus, wo wir eben ein Volkshaus repräsentiren, wenn man die Interessenvertretung doch so nennen darf, während im Oberhause die großen Adelsfamilien sitzen, hat dies gar keine Berechtigung. Es ist aber auch nicht gar so außerordentlich mit der Grobpartigkeit und dem Glanze aller Fideicommiss. Ich kenne selbst Fideicommiss, auch in Böhmen, die sehr klein sind und die kaum zu dem bescheidenen Unterhalte einer größeren Familie hinreichen, während es Allodherrschaften daneben gibt, die zehn- und zwanzigfach größer sind und mit deren Besitzern zu wählen, den Herren Fideicommissbesitzern der Nachbarschaft doch wahrlich keine Schande wäre. Es ist auch bereits hervorgehoben worden, daß es einen sonderbaren Eindruck auf das Bürgerthum machen müßte, wenn man die 3000 oder 4000 Gulden Steuer, die der Besitzer eines mittleren Hauses bezahlt, nur 5 Gulden gleichstellt, während man auf der anderen Seite jeden Gulden des Fideicommissbesitzers hundert- oder fünfhundertfach so hoch rechnet, wie den der anderen Staatsbürger. Es könnten sich dabei die Bürger doch einmal erinnern, daß sie noch immer und durch viele Jahre jenen Grundentlastungszuschlag zu bezahlen haben (*Sehr gut! links*), welchen sie nur zur Entschärfung der großen Herren für die durch das Volkshaus im Jahre 1848 abgeschafften Frohnden zahlten. (*Sehr gut! links.*) Wir zahlen diese Beträge gerne, haben das nie als eine ungebührige Last empfunden, denn wir wissen sehr wohl, daß die Großgrundbesitzer auf einen Theil dieser Entschärfung gleichfalls verzichtet haben. Allein ich glaube, es ist doch nicht gut, wenn man einen solchen Gegenatz schafft

zwischen der Werthschätzung des adeligen und des bürgerlichen Steuerguldens.

Es ist von mehreren Herren von der linken und der rechten Seite anlässlich der Theilung des Großgrundbesitzes in zwei Wählerklassen die Verfassungsfrage berührt worden, und man hat von der anderen (rechten) Seite behauptet, diese Theilung betrifft eben nur die Zerlegung in verschiedene Wahlkörper und nicht Wählerklassen und bedarf nicht der Zweidrittel-Majorität, während wir der Ansicht sind, daß durch die Einführung des fideicommissarischen Besitzes eine neue Wählerklasse geschaffen wird und die Zweidrittel-Majorität zur Beschlussfassung dieses Gesetzes nothwendig wäre. Es wird Aufgabe eines Redners in der Specialdebatte sein, auf diese Frage zurückzukommen; allein ich freue mich schon jetzt, von einer Seite, von der ich dies nicht erwartet hätte, von einer höchst scrupulösen, in Rechtsfragen sehr ängstlichen Seite gehört zu haben, daß die Argumentation der Redner von der linken Seite des Hauses viel für sich habe, und daß der geehrte Redner selbst auch der Meinung sei, daß der §. 7 des Grundgesetzes dadurch tangirt werde. Ich habe mir erlaubt, im Wahlreformausschusse zur Klarstellung dieser Frage ein Beispiel zu geben, und nur dieses will ich — die Frage verlasse ich dann sofort — hier anführen. Wenn die verschiedene Eintheilung der Wähler des Großgrundbesitzes nach dem fideicommissarischen und nichtfideicommissarischen Besitze keine Aenderung der Verfassung wäre, dann wäre ja gewiß auch die Eintheilung desselben in adeligen und bürgerlichen Großgrundbesitz keine Aenderung der Verfassung und man könnte mit einfacher Majorität durch Abänderung der Wahlordnung beispielsweise beschließen, daß der adelige Großgrundbesitz 22 Abgeordnete, der bürgerliche nur Einen Abgeordneten zu wählen habe (*Sehr gut! links*), obwohl, wie ich höre, der bürgerliche Großgrundbesitz in Böhmen von Jahr zu Jahr wächst und beinahe schon die Hälfte der wahlberechtigten Güter ausmacht.

Ich gehe nun zur Frage der Fünfguldenmänner über, und bemerke, daß in dieser Frage zwischen der Rechten und Linken des Hauses eigentlich nur der Unterschied der Klarstellung und der Richtigkeit besteht.

Allein dieser Unterschied ist so wichtig, daß er uns eben den Antrag der geehrten Majorität des Ausschusses unannehmbar erscheinen läßt. Wenn man nach Durchführung der Reform der Realsteuern den mit solchen Steuern getroffenen Fünfguldenmännern die bisherigen Staatszuschläge einrechnen muß, wie kommen dann die Erwerb- und Einkommensteuerträger dazu (*Sehr richtig! links*), daß ihnen, weil die Reform dieser Steuer noch nicht durchgeführt ist, die Staatszuschläge nicht eingerechnet werden? Ich glaube, es ist ein wohlbe gründetes Recht der städtischen Bevölkerung, auf dieser Einrechnung zu bestehen.

Man hat von der anderen Seite eigentlich gegen diese Einrechnung keine Einwendung zu erheben vermocht und nur gemeint, das werde sich geben, binnen zwei Jahren werde die Reform durchgeführt sein, dann erit, bei Ausschreibung der allgemeinen Wahlen, komme das Gesetz zur Anwendung, und dann falle dieser Unterschied weg.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Auflösung des Hauses diesem Beschlusse auf dem Fuße folgen könnte, und trotz der Beruhigung, die der Herr Regierungsvertreter unaufgefordert gegeben hat, daß die Auflösung des Hauses nicht stattfinden werde, glaube ich diese Möglichkeit noch immer festhalten zu können. Allein abgesehen davon, was soll denn die Unklarheit in diesem Punkte bezwecken? Sie kann nur anstatt einer gerechten Wahlreform eine chicanöse Willkürmaßregel setzen (*Sehr richtig! links*), eine Willkürmaßregel, die auch da oder dort im Parteiinteresse recht gut ausgebeutet werden kann.

Man hat ja gesagt: Lassen wir es bei der verschiedenen Uebung in den Ländern, in den Gemeinden, wie es bisher war, man werde sich auch später ebenso helfen, das heißt

doch eigentlich, jedesmal nach dem Bedürfnisse das Gesetz zuschneiden — und das wollen wir nicht.

Wenn wir ferner beantragen, daß bei den Landgemeinden der Censur unter 5 fl. herabgesetzt werde, so gehen wir von der Ueberzeugung aus, daß im Verhältnisse zum Censur der Städter mit 5 fl. ein Censur der Landgemeinden mit 5 fl. zu hoch ist. Wir haben in Mähren beispielsweise die Erfahrung gemacht, wo in der Landtagswahlordnung ein absoluter Censur von 5 fl. für die Landgemeinden eingeführt wurde, daß die Anzahl der Wähler sich verringert hat, weil auf dem Lande heute schon mit und unter 2 fl. in sehr ausgedehnten Bezirken gewählt wird und daß es daher entsprechender sei, diesen Censur herabzusetzen. Von Ihrer Seite, meine Herren, wird ja beständig und auch bei dieser Debatte geklagt über Zurücksetzung der Landbevölkerung im Wahlrechte; und von den nicht sehr zahlreichen Petitionen, die überhaupt in der Wahlreformfrage vorliegen, sind fast alle von Landgemeinden, und Sie wollen dem Bedürfnisse der Landgemeinde nicht entgegenkommen, weil Sie einmal Anträge der Linken überhaupt nicht annehmen.

Der verehrte Herr Abgeordnete für die Salzburger Landgemeinden, in diesem Punkte Antragsteller, hat in der Generaldebatte gemeint, dieser Beschluß bezüglich der Fünfguldenmänner werde nur wenig Wirkung haben, er gelte eigentlich nur für die Städte mit eigenen Statuten und für die Landgemeinden.

Nun, daß er für die Landgemeinden keine besondere Wirkung haben werde, das glaube ich erwiesen zu haben; also das Gegentheil von dem wird eintreten, was sich der Herr Abgeordnete verspricht, und was die Städte betrifft, so sehen wir auf Seite 20 und 21 des Majoritätsberichtes eine Tabelle, in welcher ausgeführt ist, daß mit einziger Ausnahme Borsbergs überall der Censur für die städtischen Wähler jetzt 10 fl., und zumeist ohne Einrechnung der Kriegszuschläge beträgt.

Wie kann man also sagen, daß diese Herabsetzung eine Wirkung nicht haben wird? Allerdings, in den Städten mit eigenem Statute, wie Prag, Brünn u. s. w., wird die Wirkung noch eine größere sein, und wenn wir gesehen haben, daß in Brünn zu 2700 jetzigen Wählern 2800 Fünfguldenmänner dazu kommen, welche daher alle jetzigen Wähler überstimmen können, ja dann müssen wir wohl sagen, daß mit einer solchen Maßregel die Eintheilung in Wahlkörper wohl gut verträglich wäre, daß sie zu Unbelständen führt, die im böhmischen Großgrundbesitze bei weitem nicht herrschen. Man hat nun gesagt, dieser Wahlreform sehen wir mit einer offenbaren Bitterkeit entgegen. Das ist nicht der Fall; im Gegentheil, wir haben diesen Wahlreforma Antrag verbessert und erweitert. Wenn wir uns dem Antrage gegenüber etwa mißtrauisch verhalten nach dem wohlbe gründeten Spruche *timeo Danaos et dona ferentes* (*Sehr richtig! links*), so hat ein verehrter Fr- und Vorredner ausgeführt, daß wir vom deutschen Standpunkte allerdings manche Gefahr und manchen Verlust zu besorgen haben. Nun hat uns freilich der verehrte Herr Abgeordnete für die Prager Neustadt eine national-liberale Partei genannt, „das „national“ dreimal unterstrichen“. Wenn ich die Partei auf der rechten Seite, welcher er angehört, dagegen eine feudal-nationale nennen wollte, so wüßte ich nicht, welches Wort ich öfter zu unterstreichen hätte. (*Heiterkeit links*.) Allein daß wir trotz der nationalen Schädigung, die wir aus dem Fünfguldenmänner-Antrage erwarten, für denselben stimmen, das zeigt doch, daß der deutsch-nationalste Mann auf der Linken noch bei weitem nicht so national ist, wie irgend einer der Herren Gesinnungsgenossen des Herrn Abgeordneten für die Prager Neustadt, welche es gewiß niemals über sich bringen würden, für eine Wahlreform zu stimmen, welche der czechischen Nation zu Gunsten der deutschen Sitze abnimmt. (*Sehr gut! links*.) Wir stimmen für diese Reform in der Hoffnung, daß die Hoffnungen der rechten Seite des Hauses

Borrebner doch — wie ich glaube — zu täuschen scheint; jene Zeitströmung, deren Richtung die momentane Reactionsepoche, in der wir leben, für die Dauer zu heirren nicht vermag. Täuschen Sie sich nicht, meine Herren! Die bloße Thatfache, daß durch den Antrag des verehrten Herrn Abgeordneten Zeithammer diese Discussion im Hause nothwendig geworden ist, hat der Wahlberechtigung des Großgrundbesitzes mehr geschadet (*lebhaft Zustimmung links*), als ihr die Gegner dieses Privilegiums durch irgend welchen Angriff schaden konnten. Und glauben Sie, meine Herren, weniger die Reden auf der linken Seite, viel nachtheiliger werden die Reden, die auf der rechten Seite gehalten wurden, wirken. (*So ist es! links.*) Denn selbst ein streng conservativer Mann wird, sobald er diese Reden liest, sehr skeptisch werden; er wird sich sagen müssen: Ja, wenn sich für diese Wahlberechtigung so wenig sagen läßt, sobald man die Rücksicht auf die Staatseinheit nicht gelten läßt, dann ist dessen Bestand gewiß gefährdet.

Es ist unbestreitbar eine edle Aufgabe, welche der Herr Abgeordnete aus dem böhmischen Großgrundbesitz seinen Standesgenossen gestellt hat, sich Eins zu fühlen mit den geistigen Bestrebungen, sich Eins zu fühlen mit den politischen Intentionen ihres Volkes. Aber Seine Excellenz scheint denn doch übersehen zu haben, daß diese edle Mission kein Privilegium des Großgrundbesitzes ist (*Sehr gut! links*), sie ist die Aufgabe jedes pflichtbewußten Mannes (*Bravo! links*), und daher kann sie nicht die Berechtigung für irgend ein Wahlprivilegium begründen. (*Sehr gut! links*). Ein Privilegium als politisches Recht muß auch eine politische Begründung haben. Denn jedes Privilegium — ich wiederhole es noch einmal — ist ungerecht, wenn es nicht durch die Staatsraison gerechtfertigt wird (*Zustimmung links*), durch die Staatsraison, welche es allerdings in unserem Vaterlande mehr als irgendwo anders räthlich erscheinen läßt, alle Elemente heranzuziehen und in ihnen politisches Interesse zu erwecken, welche geeignet sind, die Idee des Einheitsstaates zu kräftigen und einzubürgern.

Der Bericht der Majorität führt zu Gunsten des neu vorgeschlagenen Wahlmodus auch noch an, daß derselbe geeignet sei, den Minoritäten Schutz zu gewähren. Hätte der Herr Berichterstatter aufrichtig sein können, wozu er als Politiker keine Verpflichtung hat, so hätte er gesagt, die Aufgabe des neuen Wahlmodus ist, eine mögliche Majorität — ich drücke mich sehr vorsichtig aus — eine mögliche Majorität für alle Zukunft unmöglich zu machen, sie für alle Zukunft zur Minorität zu verurtheilen.

Das ist, meine Herren, jener Schutz, der den Minoritäten zu Theil wird, und wenn sich der Bericht wieder mit einem schönen Schlagworte auf die Postulate der Gerechtigkeit beruft, so ist, glaube ich, das Prädicat „gerecht“ gerade auf diese Anträge kaum anzuwenden. Das beweisen ja, meine Herren, Ihre eigenen Argumentationen. Ein Hauptargument, dessen Sie sich in der Debatte bedienen, sagt ja, daß beide Parteien einander das Gleichgewicht halten, und doch schlagen Sie einen Wahlmodus vor, von dem Ihre eigenen Organe eingestehen, was übrigens Männer, die die Verhältnisse in Böhmen kennen, bestätigen, daß der Effect davon sein werde, daß künftig mindestens 16 czechische und höchstens 7 deutsche Abgeordnete aus der Curie des Großgrundbesitzes hervorgehen können. Und da hat noch ein sehr geehrter Abgeordneter auf der rechten Seite des Hauses in der Generaldebatte die gute Laune gehabt, es als eine Großmuth seiner Partei zu rühmen, daß sie gegenwärtig einen Wahlmodus vorschlägt, welcher den verfassungstreuen Candidaten wenigstens in einer minimalen Zahl den Wahlsieg sichert, während doch seiner Partei gegenwärtig die Majorität in der Curie des Großgrundbesitzes zur Verfügung stehe, oder, wenn ich die Ausführungen Seiner Excellenz des Herrn Abgeordneten Grafen Heinrich Clam richtig verstanden habe, seiner Partei zur Verfügung gestellt werde.

Diese Großmuth erinnert mich an jene des Mannes, der vor die Wahl gestellt viel geliehen oder einen erheblichen Theil davon geschenkt zu bekommen, in bescheidener Weise sich damit begnügte, daß man ihm den etwas kleineren Theil schenke. Sie verzichten auf Etwas, meine Herren, worauf Sie für die Dauer nicht rechnen können; Sie gewinnen aber Etwas, was Ihnen für alle Zukunft nicht mehr entrisen werden soll. Das ist übrigens die einzige Glanzseite an dem Antrage; denn wenn das wahr ist, was Seine Excellenz der Herr Abgeordnete aus dem böhmischen Großgrundbesitzes gesagt hat — und ich zweifle ja nicht daran — daß auf die gegenwärtige Majoritätsbildung die Regierung einen bestimmenden Einfluß auszuüben in der Lage ist, so begreife ich zwar nicht die Haltung der Regierung (*So ist es! links*), ich begreife aber, daß es eine Klugheit der Parteien ist, sich von allen Regierungen zu emancipiren. (*Sehr gut! links.*) Das ist nicht Großmuth, meine Herren, das ist ein so wohlüberlegter, politisch kluger Schritt, was Ihnen auch der Gegner zugibt.

Es ist aber noch eine andere Erwägung, welche den vorgeschlagenen Wahlmodus mit der politischen Natur des Wahlrechtes des Großgrundbesitzes in Widerspruch bringt. Ich bin zwar nicht der Ansicht, daß sich das Wahlrecht des Großbesitzes auf einen historischen Rechtsittel gründen läßt, aber allerdings meine Herren, sind historische Anknüpfungspunkte benützt worden. Ich gebe zu, es sind wenige übrig geblieben, aber Sie, die ihrer Berechtigung eine historische Grundlage geben wollen, Sie zerschneiden ja noch den letzten letzten Anknüpfungspunkt. Und unterschätzen Sie ja nicht die Folgen dieses Schrittes. Es giebt Viele, die es noch gut erklärlich finden, daß dem Großgrundbesitzes des Königreiches Böhmen das Recht eingeräumt wird, eigene Vertreter in den Reichsrath zu entsenden; aber ich glaube, selbst Denjenigen, die das noch einsehen, wird es kaum klar werden können, wie denn auch die Großgrundbesitzer des Chrudimer oder Gaspauer Bezirkes dazu kommen, eigene Vertreter in den Reichsrath zu entsenden.

Es war nicht ein Zufall, es war keine Laune, daß die Reichsrathswahlordnung mit alleiniger Ausnahme von Galizien in allen übrigen Kronländern den Großgrundbesitz als ein geschlossenes Ganzes wählen ließ. Freilich wendet mir Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident ein, er kenne keine Gründe, warum Dasjenige, was in Galizien zulässig ist, in Böhmen nicht zulässig sein soll. Seine Excellenz hat einmal die Gründe gelannt, er scheint sie nur vergessen zu haben (*Sehr gut! links*), und ich möchte ihn daran erinnern, daß, als im Jahre 1877 der Tiroler Landtag einstimmig beschlossen hat, daß der Großgrundbesitz in Tirol künftig nicht in Innsbruck, sondern in Bozen wählen solle, dieser einstimmige Beschluß des Tiroler Landtages die Sanction nicht hat erlangen können, weil man damals der Ansicht war, daß es dem Wahlrechte des Großgrundbesitzes widerspreche, wenn nicht die ganze Curie in der Landeshauptstadt wähle, und in einer Zuschrift, wenn ich nicht irre, vom 1. August 1877, welche die Unterschrift des Grafen Taffe trägt (*Hört! links*), sind die Gründe angeführt, welche ich Ihnen, meine Herren, nur vorzulesen brauche, denn ich könnte keine besseren anführen.

Die Stelle — mit Erlaubniß des Herrn Präsidenten werde ich sie, da sie ganz kurz ist, verlesen — lautet (*liest*):

„Nur in Galizien und Dalmatien bildet für die Wahl der Abgeordneten des Großgrundbesitzes, beziehungsweise der Höchstbesteuerten, jeder der ehemaligen Kreise (in Galizien 15, in Dalmatien 4) für sich einen eigenen Wahlbezirk und zugleich Wahlkörper mit den betreffenden ehemaligen Kreisstädten als Wahlort. Diese Abweichung von der allgemeinen Regel ist jedoch bei den vorgenannten zwei Ländern nur durch ihre große Ausdehnung, durch ihre topographische Gestaltung und sonstige ausnahmsweise Verhältnisse begründet.“

So wenig hat sich, meine Herren, der Großgrundbesitz in Galizien als Einheit gefühlt, weil er größeren Werth auf einen älteren, historischen Zusammenhang legt, daß der Großgrundbesitz ohne Bedenken im Landtage eingewilligt hat, daß die ursprünglich einheitliche Landtafel nach den verschiedenen Gerichtshofsprengeln zertheilt werde. Es sind eben meine Herren, wie es in jener Zuschrift des Herrn Grafen Taaffe heißt, andere Verhältnisse.

Ich habe mich in meinen bisherigen Auseinandersetzungen lediglich auf die Frage der Bildung mehrerer Wahlkreise beschränkt. In dem Antrage der Majorität wird aber überdies noch vorgeschlagen, daß die Fideicommissbesitzer künftighin ein selbstständiges Wahlrecht ausüben und selbstständig fünf Abgeordnete in den Reichsrath entsenden sollen.

Dieser Theil des Antrages steht, nach meiner Ueberzeugung, im Widerspruch mit dem Grundgesetze über die Reichsvertretung und kann deshalb nur mit derselben Stimmenmehrheit beschlossen werden, welche zur Abänderung jenes Grundgesetzes verfassungsmäßig erforderlich ist.

Ehe ich, meine Herren, diese Gründe anführe, sei es mir gestattet, mich vorerst gegen die Supposition zu verwahren, als wäre die Zweidrittel-Majorität bloß ein Vorwand, um einen uns unbequemen Antrag zu Falle zu bringen. Während meiner nicht kurzen parlamentarischen Thätigkeit habe ich keinen anderen Erfolg getannt, als das Bewußtsein zu haben, stets meiner Ueberzeugung treu geblieben zu sein, nichts vertheidigt zu haben, für nichts eingetreten zu sein, was mit meiner Ueberzeugung in Widerspruch steht. (*Bravo! links.*)

Das ist, meine Herren, eigentlich eine selbstverständliche Voraussetzung, die ich jedem verehrten Mitgliede des hohen Hauses gerne zugestehle. Wenn ich mich aber heute genöthigt sehe, diese Verwahrung einzulegen, so geschieht es mit Rücksicht auf jene Rede, die gestern der Herr Abgeordnete für Krainburg gehalten hat, weil die mich belehrt hat, daß zuweilen dort, wo überzeugende Argumente fehlen, leidenschaftliche Invektiven herhalten. (*Bravo! Sehr richtig! links.*) leidenschaftliche Invektiven, welche gebührend zu würdigen ich nur deshalb Anstand nehme, weil es mir widerstrebt, auf ein Niveau herabzusteigen, auf dem mit den Waffen gekämpft wird, die gestern gegen die Verfassungspartei gebraucht worden sind. (*Bravo! Bravo! Sehr gut! links.*) Und, meine Herren, vielleicht handle ich klug, daß ich auf diese Provocation nicht antworte, denn, wo so viele Leidenschaft sich entwickelt, während doch Gelegenheit und Zeit genug war, die Erregung abzukühlen, dort könnte die Leidenschaft darauf berechnet gewesen sein, wieder Leidenschaft zu erwecken. (*Bravo! links.*); ich will dieser Versuchung widerstehen. (*Bravo! Sehr gut! links.*)

Ich gehe nun an die Begründung meiner Ansicht, daß der in Verhandlung stehende Antrag, insofern er sich auf das Wahlrecht des fideicommissarischen Großgrundbesitzes bezieht, nur mit Zweidrittel-Majorität beschlossen werden kann. Meine Ansicht fußt auf demselben §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, von welchem Seine Excellenz der Herr Ministerpräsident, allerdings ohne ein Wort der Begründung beizufügen, gesagt hat, daß der Wortlaut dieses Paragraphen mit der von uns geäußerten Ansicht in Widerspruch stehe. Der §. 7 lit. A, den ich nicht vorzulesen brauche, weil mein verehrter fürstlicher Herr Vorredner denselben vorgelesen hat, der §. 7 stellt vier Wählerklassen auf und setzt zugleich die Zahl der Abgeordneten, welche auf jede dieser Wählerklassen entfallen, fest. Und es ist ganz richtig, daß der Absatz lit. B desselben Paragraphen bestimmt, daß die Wählerklassen in Wahlbezirke, beziehungsweise Wahlkörper zerfallen, sowie, daß die Feststellung der Wahlbezirke und Wahlkörper der Reichsrathswahlordnung überlassen wird. Wäre also die Ansicht richtig, daß die Gewährung einer selbstständigen Wahlberechtigung an die Besitzer von Fideicommissherrschaften bloß die Bildung eines neuen Wahlkörpers bedeute, dann würde allerdings das

Requisit der Zweidrittel-Majorität entfallen. Um aber zu beweisen, daß es sich nur um neue Wahlkörper handle, hat sich der Herr Berichterstatter gestern auf den §. 7, lit. A, in dem Sinne berufen, daß dieser Paragraph nur die Wählerklassen aufstellt, die Begriffsbestimmungen aber den Landesordnungen überläßt. Insofern ist die Argumentation richtig. Auch das gebe ich zu, daß die Landesordnung den Begriff des Großgrundbesitzes in der Art feststellt, daß auch der fideicommissarische Großgrundbesitz in dieser Wählerklasse eingeschlossen ist. Aber was intendirt denn der Antrag der Majorität! Er will diesen in der Wählerklasse des Großgrundbesitzes gegenwärtig eingeschlossenen, einen integrierenden Theil dieser Wählerklasse bildenden fideicommissarischen Großgrundbesitz aus der Wählerklasse ausschneiden und demselben ein selbstständiges Wahlrecht einräumen (*So ist es! links.*), und so wenig Jemand leugnen würde, daß z. B. ein Antrag die Wählerklassen b und c in eine Wählerklasse zu vereinigen, eine Aenderung des Grundgesetzes involvire, eben so wenig können Sie widersprechen, daß, wenn Sie eine bestehende Wählerklasse derart in zwei Gruppen theilen, daß ihnen nichts gemeinschaftlich bleibt, daß der Qualificationsgrund der Wahlberechtigung bei jeder dieser Gruppen ein verschiedener wird, durch eine solche Theilung zwei neue Wählerklassen gebildet werden. (*Lebhafte Zustimmung links.*)

Was ist denn der Begriff einer Wählerklasse? §. 7, lit. A, umfaßt vier Wählerklassen, in welchen sämtliche Wahlberechtigte eingeschlossen sind. Die Wählerklassen unterscheiden sich nur dadurch von einander, daß der Grund der Wahlberechtigung, das Erforderniß zur Ausübung des Wahlrechtes bei jeder einzelnen dieser Klassen ein anderes ist. Es verhalten sich die verschiedenen Wählerklassen derart zu einander, daß jede aufsteigende Wählerklasse gegenüber der nachfolgenden ein, ich möchte sagen stärkeres Wahlrecht, ein größeres Wahlprivilegium besitzt. Können Sie sich nun eine höhere Potenzirung des Wahlprivilegiums denken, als diejenige, die für den fideicommissarischen Großgrundbesitz statuiert werden will? Wollen Sie denn nicht sogenannte Wahlkörper schaffen, die von einander vollständig verschieden sind; haben wir denn nicht als Grund für den Antrag gehört, daß man der Blüthe und dem Glanze der Adelsgeschlechter dadurch Rechnung tragen wolle, daß man den fideicommissarischen Großgrundbesitz abgefordert für sich wählen lassen will, wahrscheinlich um ihn von jener Gesellschaft der Allodialgroßgrundbesitzer, welche der Herr Abgeordnete der Josefstadt als eine gemischte Gesellschaft bezeichnet hat, zu befreien? Wenn das nicht die Einräumung eines selbstständigen Wahlprivilegiums ist, dann muß ich gestehen, fehlt mir jedes Verständniß für das, was als Wahlprivilegium gelten kann. Was soll künftighin zwischen diesen beiden Wählerklassen gemeinschaftlich bleiben? Sie wählen in getrennten Wahlkörpern, ihnen sind verschiedene Wahlbezirke zugewiesen, der Rechtstitel, welcher die Wahlberechtigung begründet, ist ein verschiedener, bei dem einem der landtäfliche und bei dem anderen der mit dem Fideicommissbände behaftete Großgrundbesitz. Vielleicht werden Analogien es Ihnen klarer machen, daß es sich wirklich um die Schaffung zweier neuer Wählerklassen handelt. Würde es Jemand beantragen, daß die Wählerklasse der Städte in zwei Gruppen getheilt werden soll, in jene Wahlberechtigten, die über, und jene, die unter 100 fl. Steuern zahlen, würde das nicht die Schaffung zweier neuer Wählerklassen bedeuten? Oder wenn Sie in der Wählergruppe der Handels- und Gewerbekammern die Mitglieder der Handelssection und die der Gewerbe-Section für sich je einen Abgeordneten wählen lassen wollten, würde das auch nicht eine Theilung der Wählerklasse sein? (*Berichterstatter Zeitlammer ruft: Nein! — Gewiss! links.*) Der Herr Berichterstatter sagt: Nein! Nun, wenn ich ihn mit diesen Gründen nicht überzeugen kann, will ich es versuchen, ihm mit seinen eigenen Argumenten beizukommen. (*Hört! links.*)

das Bedürfnis, sich anzuschließen an ein entwickelteres Culturvolk. Das schließt die eigene Entwicklung nicht aus; denn so wie der Baum, der die Nahrung in sich aus dem Boden aufsaugt, sie dann seiner individuellen Eigenart assimiliert, so ist es auch mit dem Bildungstoffe, der einer Nation zugeführt wird. Wenn sie lebensfähig ist, wird sie das Recipirte auch zu eigenem Fleisch und Blut verarbeiten. Aber wenn die Czechen diese hohe Culturstufe unter deutschem Einfluß erreicht haben, ohne ihre nationale Eigenart einzubüßen, dann entziehen Sie diesen wohlthätigen Einfluß nicht anderen aufstrebenden Nationen unseres großen Vaterlandes.

Die deutsche Nation hat demnach in Oesterreich noch eine Culturmission zu erfüllen, eine Mission deren Bedeutung am besten Diejenigen zu würdigen wissen, die in nicht geringerer Sorge um ihre nationale Eigenart zwischen den beiden Eventualitäten zu wählen haben, ob slavifirt oder nichtgermanifirt zu werden.

Wir in unserer Heimat leben schon hundert Jahre in Verbindung mit den Deutschen, und doch kenne ich im Lande nicht eine Familie, die germanifirt worden wäre. Ueberall finde ich aber Verständnis, finde ich Liebe, finde ich Werthschätzung für die Culturaufgaben des deutschen Volksstammes. (Beifall links.) Ich bin deshalb überzeugt, daß bei fortschreitender Slavifirung alle nichtslavischen Elemente sich nothwendig wieder an die Deutschen anschließen, und sie in dem Bestreben, die alte Position wieder einzunehmen, redlich unterstützen werden. Ich bin endlich überzeugt, auch ein anderer alter Bundesgenosse werde sich wieder einfänden, denn die Polen haben eine zu alte Cultur, eine zu individuelle Eigenart, sie haben eine zu reiche Geschichte, als daß sie sich in die — wie soll ich sagen — neuslavischen Zukunftspläne gerne verwickeln lassen sollten.

Meine Herren! Wir erblicken Gefahren; die Regierung sieht sie allerdings nicht. Die Regierung — ich will gerecht gegen sie sein — ich kann und will nicht annehmen, daß die Regierung geradezu die Absicht habe, eine slavische Majorität schaffen zu wollen, das nicht; sie will aber die liberale, die deutsche Partei in Minderheit bringen, weil sie denkt, daß, wenn alle Parteifractionen namhaft geschwächt sind, dann der Einfluß der Regierung steigen werde. Sie möchte ein geschlechtsloses Parlament haben (Heiterkeit. — Sehr gut! links), indem es zwar keine führende Nation, wohl aber eine führende Regierung gibt. Aber die Regierung täuscht sich; jeder zollbreit, Macht, welcher dieser (linken) Seite des hohen Hauses abgerungen wird, kommt den na-

tionalen Fractionen, den slavischen, zu Statten. Meine Herren! Der pfiffige Plan ist noch nicht erfunden worden, nach dem man für die Dauer Partei gegen Partei ausspielen kann. Man wird vielleicht auf unser Schicksal hinweisen und sagen: Die waren zu stolz, um sich gegen ihre Gegner durch die Regierung ausspielen zu lassen; man läßt sie dafür büßen. Aber wir bereuen es, meine Herren, nicht; denn es ist ein stolzes Bewußtsein, selbst in drückenden und schweren Zeiten seiner Ueberzeugung treu geblieben zu sein. (Lebhafter Beifall links.) Und wenn man auf der rechten Seite davon gesprochen hat, daß wir ängstlich geworden sind, so täuscht man sich. (Sehr gut! links.) So tief mein Glaube an die Zukunft Oesterreichs im Herzen wurzelt, so fest steht auch meine Ueberzeugung daß bessere Tage für die Verfassungspartei wieder kommen werden, wieder kommen müssen im Interesse dieses Staates. (Beifall links. — Widerspruch rechts.) Sie müssen wieder kommen, so wahr die historische Erfahrung lehrt, daß der Fortschritt zwar allerdings in gebrochenen Linien vorschreitet, daß er mannigfach gehemmt werden kann, daß jedoch wenn die Entwicklung nicht gewaltsam unterbrochen wird, jene Idee siegen muß, welche diesen Staat geschaffen und bisher entwickelt hat. (Sehr gut! links.) Die Frage ist nur, ob man den Staate nicht zu viel zumuthet, ob man ihn nicht Experimenten aussetzt, welche eine bedenkliche Krise herbeiführen können. (Sehr richtig! links.)

Denn, meine Herren, so viel ich die Verhältnisse kenne, eine Gefahr besteht gegenwärtig nicht; der Patriotismus, die Liebe und Anhänglichkeit zu Oesterreich wurzeln im deutschen Volksstamme noch sehr tief, er ist sich noch dessen bewußt, daß er in diesem Staate eine Mission zu erfüllen hat. Wenn Sie ihn an dieser Mission irre machen, die eingelebten Ueberzeugungen der Gegenwart werden dadurch nicht beirrt werden, welche Gedanken aber in der nachwachsenden Generation aufsteigen könnten, das sollte sich die hohe Regierung bei Zeiten klarmachen. (Bravo! Bravo! links.) Die Saaten, welche jetzt bestellt werden, schießen nicht über Nacht in die Halme. Ein kluger Staatsmann sieht ein bißchen weiter hinaus, soll über jene Tage hinaussehen, während deren das Portefeuille seinen Händen anvertraut ist.

Mit dieser Warnung, die ja wie jede Warnung, ungerne gehört wird, mit dieser Warnung, die ich nur erhoben habe, um meinen Gewissen Genüge zu thun, bitte ich, gegen den Antrag des Ausschusses zu votiren. (Lebhafter langanhaltender Beifall und Händeklatschen links. — Redner wird von vielen Seiten beglückwünscht.)